

Organen der Staaten bestätigt und betätigt wird. Die Mächte glauben nicht an Grenzen, die sie nicht täglich an lebendigen Menschen und an unerschütterlichen Herzen erfahren, vor allem an der Einmütigkeit der Gläubigen um ihren Bischof; und zwar den Bischof, den ihnen Christus durch die rechtmäßige Weihe und Vollmacht, das heißt in der Einheit mit dem Nachfolger Petri, gesetzt hat. Denn die Mächte suchen sich zuweilen die Kirche stückweise untertänig zu machen, Gläubige und Priester gegen ihre Bischöfe zu erregen und gar regimehörige Geistliche als „Bischöfe“ aufzustellen. Diese größte akute Sorge der Kirche weit und breit, auch in unserer nächsten Nähe, kann der Papst als Hüter der Einheit der Kirche eher bestehen, wenn die Gläubigen ihm betend die Treue halten.

3. Die Anliegen des Papstes sind, von den allgemeinen und bleibenden abgesehen, die wir schon vor Jahresfrist an dieser Stelle aufführten — Bekehrung der Sünder, Umkehr der Verfolger der Kirche, gute Bischöfe, heilmäßige Priester, Stärkung der Katholischen Aktion (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 249) —, jeweils die gerade aktuellsten Sorgen, die sich der Führung aufdrängen. Wenn wir für sie beten, so nehmen wir an der Geschichte der Kirche, an ihren Entscheidungen, Leiden und Zerreißproben in dieser Stunde der Bewährung ganz besonders teil. Heute mag wohl die Treue des Kirchenvolkes und der Hirten hinter dem Eisernen Vorhang voranstehen, dazu die Freiheit der Kirche in Argentinien, der wahre menschenwürdige Friede und die Ausschaltung der ABC-Waffen. Es kann aber auch sein, daß der Papst mehr sieht als wir alle, Gefahren, an die niemand gerne denkt, daß er Maßnahmen erwägt, die in der Kirche ergriffen werden müßten, und an die niemand gern herangeht, weil nun einmal das Bewährte auch dann noch sich behauptet, wenn es unter völlig veränderten Zeitumständen in keiner Weise mehr ausreicht. Man muß sich schon ein wenig Mühe machen, um die Anliegen des Papstes zu erspüren; denn aus unserem täglichen engen Blickfeld ergeben sie sich nicht ohne weiteres, es sei denn, wir lesen eifriger die Berichte katholischer Zeitschriften über die Lage der Kirche, der ganzen Kirche. Es soll aber heute noch bei uns nicht wenige Gemeinden geben, die — zumindest öffentlich oder von der Kanzel — nichts von irgendwelchen Anliegen des Papstes erfahren. Unsere Leser haben dagegen eine deutliche Vorstellung davon, welche Anliegen dem Heiligen Vater auf der Seele brennen. Daß jedes Heft der Herder-Korrespondenz mit einer Gebetsmeinung des Papstes beginnt, zeigt, wie sehr diese ganze Berichterstattung den Sinn hat, nicht nur das kirchliche Gesamtbewußtsein zu erweitern, sondern immer mehr Beter anzuregen und heranzuziehen, die die Last der Verantwortung für die ganze Kirche treu mittragen.

4. Diese Aufgabe ist uns verhältnismäßig leicht gemacht, weil Pius XII. mit der Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Katholiken so sehr verwachsen ist. Er ist gleichsam „unser“ Papst. Das hat uns geholfen, katholischer zu werden, weltweiter zu denken. Dafür können wir gar nicht genug danken. Dennoch sind die marianischen Gedanken des Papstes immer noch weithin unverarbeitet, weil vielleicht oft nicht bemerkt wird, daß sie im wahren Sinne des Wortes den Aufbruch der Kirche zur Eschatologie, zum Blick auf die Letzten Dinge darstellen: die Vorbereitung zu einem außerordentlichen Leben der Gnade, auf außerordentliche Drangsal, das Angebot

außerordentlichen Trostes. Mit dem Ende des Mariani-schen Jahres ist die dahinter waltende sorgenvolle Sicht des Papstes nicht beendet. Die Immakulata wird mehr und mehr der Ausweis des vollen Ernstes und der Radikalität unseres katholischen Christusglaubens sein, auch dort, wo wir für die Einigung der Christenheit beten, zunächst der Christen, die sich gerne und von jeher um die Gottesmutter und alle Heiligen versammeln.

So gibt uns die Gebetsmeinung für den Fastenmonat eine gute Gelegenheit, im Sanktissimum der Kirche *um Christi willen* die innigste Vereinigung zwischen dem väterlichen Haupt und den Gliedern der Kirche herzustellen, um für größere Verantwortung bereit zu sein.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Zur Jugendweihe in der Sowjetzone Nach übereinstimmenden Pressemeldungen begannen im November vergangenen Jahres die Zeitungen der Sowjetzone Leserbriefe zu veröffentlichen, in denen die „Jugendweihe“ gefordert wurde (man wünsche, daß die Schulentlassenen den Schritt ins Leben „festlich“ begehen). Kurze Zeit darauf konstituierte sich ein „Zentraler Ausschuß für Jugendweihe in der Deutschen Demokratischen Republik“, der erklärte, in Zukunft sollen wieder „Jugendweihen“ in der Sowjetzone stattfinden. Inwieweit diese Kampagne mit dem von uns gemeldeten Erlaß des sowjet-russischen ZK vom 10. 11. (vgl. ds. Jhg., S. 155) in Verbindung steht, läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat in der Sowjetzone zur Zeit stärker mit indirekten Mitteln vorangetrieben wird, was auch in dem in den letzten Monaten durchgeführten „Aufklärungsmanöver“ der „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ sichtbar wird. Diese Gesellschaft soll sich auf Anordnung des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (FDJ) jetzt stärker in die Jugenderziehung einschalten (nach „Neue Zürcher Zeitung“ vom 29. 12.).

Die Thesen des „Zentralen Ausschusses für Jugendweihe“
Zur Durchführung der „Jugendweihe“ hat der „Zentrale Ausschuß für Jugendweihe“, Berlin, folgende Thesen bekanntgegeben:

„1. Die Jugendweihe ist eine feierliche Veranstaltung beim Übergang des Jugendlichen in das Leben der Erwachsenen mit vorausgehenden Zusammenkünften, ‚Jugendstunde‘ genannt, in denen unter der Leitung von erfahrenen Persönlichkeiten über Fragen des Lebens, der Natur und der Gesellschaft gesprochen wird. Sie wird nicht von einer einzelnen Organisation oder Einrichtung, sondern vom ganzen Volke getragen. Es verbietet sich jeder Vergleich mit Veranstaltungen früherer oder jetziger Zeit. Sie ist keine staatliche Angelegenheit.

2. Sie wird jetzt durchgeführt, weil die Verhältnisse in unserer Arbeiter- und Bauern-Macht sich stark gefestigt haben (siehe Wahlen vom 17. Oktober 1954). Sie geht weit über frühere Jugendweihen, auch über die Konfirmation, hinaus. Sie entspricht einem allgemeinen Bedürfnis.

3. Die Jugendweihe wird im Geiste des Optimismus, der Aktivität und der Anteilnahme an der gesellschaftlichen Weiterentwicklung gestaltet.

4. Die Schulentlassungsfeiern werden von ihr nicht berührt, da sie Einrichtung der Schule sind und der Jugendliche in seiner besonderen Lebenssituation eine Hilfe braucht.

5. Die ‚Jugendstunde‘ ist kein Unterricht, sondern freies Lehrgespräch über Themen der Natur- und Gesellschaftswissenschaft und der Beziehungen der Menschen untereinander; in ihr wird von der lebendigen Anschauung ausgegangen und das Erziehungsmoment betont.

6. Die ‚Jugendstunde‘ wird von Persönlichkeiten geleitet, die der Jugend nahestehen (Lehrer, Kulturschaffende, Ärzte, Ingenieure). Für besondere Themen können auch andere Personen herangezogen werden.

7. An der Jugendweihe können alle Jugendlichen ungeachtet der Weltanschauung teilnehmen. Die Konfirmation wird von ihr nicht berührt; es besteht volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Teilnahme ist freiwillig.“

Der Hirtenbrief des Berliner Bischofs

Zur Einführung der „Jugendweihe“ hat der Bischof von Berlin, Wilhelm Weskamm, in einem Hirtenbrief Stellung genommen, der am 2. Weihnachtsfeiertag in den Kirchen Berlins und der Sowjetzone verlesen wurde:

Geliebte im Herrn!

In den Tagen vor Weihnachten waren die Bischöfe und kirchlichen Oberen im Bereich der DDR zu wichtigen Beratungen zusammen. Aus den drückenden Sorgen heraus, die sie beschäftigen, sage ich Euch heute ein ernstes Wort. Es ergeht zuerst an die katholischen Eltern und ihre Jungen und Mädchen; aber es geht jeden in der Gemeinde an. Es handelt sich um folgendes:

Überall ruft zur Zeit ein „Zentraler Ausschuss für Jugendweihe in der DDR“ zu sogenannten „Jugendweihen“ auf, die im April für die zur Entlassung kommenden Kinder stattfinden sollen. Nach Weihnacht soll eine Vorbereitung darauf durch besondere Unterweisung beginnen, in welcher u. a. von der Entstehung und Entwicklung der Welt und des Lebens sowie über wichtige Lebensfragen der Jugendlichen gesprochen werden soll.

Dazu sage ich als Bischof Euch Eltern und Euren Kindern ein offenes und ernstes Wort.

„Jugendweihe“ ist immer eine Sache jener gewesen, die den christlichen Glauben und die Kirche ablehnen. Ihre Väter waren früher die ungläubigen Freidenker, die damit einen Ersatz für die heiligen Sakramente der Kirche und ihre heiligen Feiern bieten wollten. Die jetzt geplanten „Jugendweihen“ können für einen katholischen Christen niemals in Frage kommen, sie haben als Grundlage eine materialistische Weltanschauung und wollen die Belehrung im materialistischen Geiste, die die religionslose Schule begonnen hat, fortsetzen und mit einer Feier krönen.

Ich frage Euch: Kann man ein Bekenntnis zu Gott ablegen und zugleich auch ein Bekenntnis zur Gottlosigkeit? Kann man sich auf die heilige Kommunion und auf die heilige Firmung vorbereiten — und zugleich einem Kursus für den Unglauben beitreten? Kann man zu den heiligen Sakramenten gehen — und zugleich Gott den Herrn und Schöpfer leugnen?

Ihr alle müßt wissen, daß es hierin keine Halbheit geben kann. „Niemand kann zwei Herren dienen!“

Ihr dürft Euch also nicht durch scheinbar neutrale und harmlose Werbung täuschen lassen. Der Apostel Johannes

sagt: „Prüfet die Geister, ob sie aus Gott sind!“ (1 Joh. 4, 1.)

Ihr dürft Euch auch nicht durch Gedanken an etwaige Vor- oder Nachteile erweichen lassen. „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber seine Seele dabei verliert?“ (Matth. 16, 26.)

Übrigens wird Euch gesagt, daß die Teilnahme freiwillig sei. Niemand kann Euch zwingen! So ermahne ich Euch sehr zu einer unbedingten Entschiedenheit von Anfang an.

Ihr Jungen und Mädchen, die Ihr nun aus der Schule kommt, Ihr seid Euch alle darüber klar, daß Ihr Christen seid — gerade so wie Eure Väter und Eure Vorfahren.

Ihr habt Euch schon Gott dem Herrn geweiht. Ihr seid ja Kinder Gottes durch die heilige Taufe, Ihr vergeßt nie den Tag Eurer ersten heiligen Kommunion, und habt Ihr nicht vor dem Bischof gekniet, daß er Euch die Hand auflege und Euch salbe zur heiligen Firmung? Da haben wir die katholische Jugendweihe gehabt — und sie gilt in alle Ewigkeit.

Nun habt Mut und sagt Euer „Nein“, wenn man Euch zu einer anderen Jugendweihe holen will. Ihr braucht nicht viel zu reden, sagt nur Euer klares „Nein“ — und betet um Kraft, daß Ihr Euren christ-katholischen Weg geht — wenn es sein müßte, auch allein; Gott läßt Euch nicht allein!

Euch Eltern aber sage ich: Helft Euren Kindern zu einer klaren katholischen Entscheidung und nehmt die Sorge um ihre Seelen noch viel ernster; bemüht Euch noch viel mehr um ein christliches Familienleben und verliert das Vertrauen nicht!

Wer weiß, was Ihr Euren Kindern als Erbeil werdet hinterlassen können? Sichert ihnen zuerst das Erbeil des christlichen Glaubens in dieser gefährvollen Zeit! Der ewige Gott erhalte Euch und Eure Kinder im Glauben!

Es segne Euch der allmächtige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist!

(Über entsprechende Stellungnahmen der Ostkonferenz der EKD und von Bischof D. Otto Dibelius berichten wir im folgenden Heft.)

Hellige Schrift und Seelsorge

„Die Heilige Schrift und die Seelsorge“ war das Thema der diesjährigen Weihnachts-Seelsorgetagung in Wien vom 27. bis 30. Dezember. Mehr als vierhundert Priester aus allen Diözesen Österreichs, von seiten des Episkopates Kardinal Innitzer, Bischof Schoiswohl, Graz, Bischof-Koadjutor König, St. Pölten, und der Apostolische Administrator des Burgenlandes, Prälat Laszlo, sowie Gäste aus Südtirol, Deutschland und Spanien nahmen daran teil. Kardinal Innitzer eröffnete und beschloß die Tagung und unterstrich dadurch die Bedeutung dieser Veranstaltungen, die seit 1924, also seit genau 30 Jahren, alljährlich vom Österreichischen Seelsorge-Institut unter Leitung von Prälat Dr. Karl Rudolf durchgeführt werden und dem Klerus in Österreich und im ganzen deutschen Sprachraum starke Impulse für eine zeitnahe Seelsorge gegeben haben. Wenn die im Druck erschienenen Tagungsberichte eine Gesamtauflage von 70 000 erreicht haben, ist dies, wie Kardinal Innitzer in seiner Ansprache betonte, ein deutliches Zeichen für das Interesse, das diese Tagungen gefunden haben. Die Wahl des Themas „Heilige Schrift und Seelsorge“ habe sowohl einen inneren Grund: das stärkere Verlangen der Gläubigen, Christus zu kennen — wie auch einen äußeren: nämlich die in letzter Zeit ge-

steigerte Arbeit der Sekten, gegen die unsere Gläubigen bibelfester gemacht werden müssen.

Zeugnisse für die Bibelfreude der Kirche

An die Eröffnungsansprache des Kardinals schloß sich am selben Abend ein Vortrag von Pfarrer Dr. Erwin Hesse, Wien, über das Thema „Die Heilige Schrift in der Kirche im Lauf der Jahrhunderte“. Der Vortragende erinnerte an die wiederholten und immer dringlicheren Mahnungen der Päpste seit Leo XIII., die Gläubigen mögen angeleitet werden, häufig und täglich die Heilige Schrift zu lesen. Er zeigte dann, welche einzigartige Stellung die Schrift im Leben Jesu einnahm. Zum eigentlichen Thema führte Dr. Hesse aus, daß Petrus gleich in seiner ersten Predigt den Erfüllungscharakter der Heiligen Schrift und die göttliche Inspiration betonte. Das Alte Testament ist für ihn wie für Paulus ein auf Jesus hingeadornetes und daher christliches Buch. Das Neue Testament war für die Alte Kirche die Erfüllung und Enthüllung des Alten Testaments und nicht bloß ein Erinnerungsbuch, sondern ein heilverkündendes und heilwirkendes Buch. Anhand der Kirchenväter zeigte der Vortragende die große Bibelfreude der Alten Kirche. Im Mittelalter war die Bibel das meistgelesene Buch mit schätzungsweise 3000 Handschriften allein im deutschen Sprachraum. Die Erfindung Gutenbergs führte einen wahren Bibelfrühling herauf: unabsehbar, was hier hätte reifen können. Doch dann kam der Reif der Reformation, die die Bibel als Waffe gegen die Kirche verwendete, und im Gefolge davon die strengen Vorschriften der Kirche für das private Bibellesen durch die Laien (nur auf besondere Erlaubnis von Rom). Zum Schluß stellte der Vortragende die Grundgedanken der großen Bibelenzyklika Pius' XII. *Divino afflante spiritu* heraus: Zurückgehen auf die Urtexte, keine Vernachlässigung der Textkritik, Betonung des ursprünglichen Sinnes und Zurückhaltung gegenüber der Annahme eines übertragenen Sinnes, Herausarbeitung des theologischen Lehrgehaltes, stärkere Beachtung der Väterexegese, Berücksichtigung der Persönlichkeit der Verfasser und ihrer Zeit, Geduld bei Schwierigkeiten, Raum für echte Freiheit in der Interpretation, die hohe Aufgabe, den Gläubigen die Schrift nahezubringen.

Die Bibel als Buch der Kirche

Am ersten Tag der Tagung sprach Univ.-Prof. Dr. Heinrich Fries, Tübingen, über „Die Bibel als Buch der Kirche“ (der Genitiv „der Kirche“ sowohl als genitivus subjectivus wie objectivus verstanden). Er legte in knapper und prägnanter Form die Lehre der Kirche über die Bibel dar: Irrtumslosigkeit der Bibel als Offenbarung Gottes, wobei aber dem menschlichen Wirken (wie jedem menschlichen Wirken) seine Eigenständigkeit gelassen ist; alleiniges Recht und alleinige Fähigkeit der Kirche, die Schrift richtig auszulegen, da die Schrift in der Kirche und für sie verfaßt worden ist und die Auslegung nur aus dem Geist Christi erfolgen kann, den er seiner Kirche verheißt hat. Prof. Fries behandelte eingehend die protestantische Auffassung von der Bibel und stellte sowohl das Gemeinsame wie das Trennende gegenüber der katholischen Lehre heraus (*sola scriptura*, die Bibel braucht keine Stütze, um zu erreichen, was sie will; sie braucht keine Bestätigung; sie begründet die Kirche als eine Gemeinschaft der Gläubigen; sie ist die richtende Instanz über der Kirche). Im besonderen legte Prof. Fries dar, daß die Kirche zeitlich und sachlich vor der Bibel ist. Denn die Bibel ist aus der

lebendigen Verkündigung und dem Glaubensbewußtsein der Kirche entstanden; sie ist die Fixierung der apostolischen Predigt.

Die Schrift weist über sich hinaus: weil sie nicht eindeutig sagt, was sie ist und welche Bücher zu ihr gehören, weil sie nicht die gesamte Offenbarung enthält (und dies sogar ausdrücklich ablehnt) und weil ihre Aussagen nicht so eindeutig sind, daß ein Mißverständnis ausgeschlossen wäre. Die Schrift bedarf daher der Auslegung, und diese Auslegung bedarf der Autorität, welche nur dort sein kann, woher die Bibel stammt, nämlich in *medio ecclesiae*. Dieses „vor der Schrift“ bedeutet aber kein „über der Schrift“ (die große Sorge der Protestanten). Die Bibel ist der Kirche als ihr Schatz übergeben, den sie zu verwahren hat. Die Kirche legt die Bibel aus, aber sie verfügt nicht über die Bibel. Sie beruft sich bei ihren Lehrentscheidungen nicht auf ihre Autorität als Kirche, sondern auf den überlieferten Glauben.

Der zweite Teil des Vortrages befaßte sich mit den Aussagen der Bibel über die Kirche (das Neue Testament als die Autobiographie, die Confessiones der Kirche, als ein Glaubenszeugnis und Lobpreis Gottes). Vom Reich-Gottes-Begriff ausgehend, kennzeichnete der Vortragende die entscheidenden Stationen im Werden der Kirche (Sendung an Israel, Berufung der Zwölf, Matthäus 16, Stiftung des Neuen Bundes bei der Abendmahlsfeier, Missionsbefehl, Sendung des Geistes) und betonte bei der Frage nach der Struktur der Kirche, daß auch die früheste Kirche nicht bloß eine Gemeinschaft des Geistes war, sondern eine Gemeinschaft, in der es bestimmte Ämter gab und in der Petrus eine ganz besondere Stellung hatte, nämlich die des Primates.

Forderungen an den Priester

Der Nachmittag war den praktischen Fragen des Verhältnisses zwischen Priester und Bibel gewidmet. In einem Vortrag, „Die Schrift als Lebensbuch des Priesters“, betonte P. Igo Mayr SJ, Linz, daß der Priester die Mühe nicht scheuen dürfe, die Heilige Schrift, die durchaus kein leichtes Buch ist, besser zu kennen und zu verstehen. Die Bibel solle auch als ein Buch des Gebetes und der Betrachtung verwendet werden, wofür der Vortragende eine Reihe Anregungen gab. Ziel müsse sein, die Schrift so zu kennen und den Gläubigen nahezubringen, daß sie wirklich ein Buch ist, aus welchem man leben kann.

Schwieriger (und in diesem Bericht nur in wenigen Andeutungen wiederzugeben) war der Vortrag von P. Dr. Schildenberger OSB, Beuron, über „Die Bibel als Werkbuch des Priesters“ (Grundzüge einer praktischen modernen Hermeneutik). Der eigentliche Zweck der Schrift ist es, Heilslehre zu vermitteln, d. h. die Menschen zu Gott zu führen, und diese Führung könne nur eine sichere und irrumslose sein. Die Schrift ist aber auch Menschenwort, ein Moment, das nicht vernachlässigt werden dürfe. Es komme darauf an, die Aussageabsicht dieser Menschen zu erfassen. Man könne die Irrtumslosigkeit der Schrift folgendermaßen kennzeichnen: Alle von einem inspirierten Schriftsteller als solchem verbürgten Aussagen sind wahr in dem Sinn, in welchem er sie verbürgen will. Man muß die konkrete, bildliche und oft symbolische Ausdrucksweise der alten Patriarchen erfassen (so haben die Alterszahlen der Patriarchen Symbolwert) sowie die Absicht des Schriftstellers, die Dinge in einer ansprechenden Form zu sagen, in der es ihm gar nicht darauf ankommt, ob die Einzelheiten der Wirklichkeit entsprechen. In der Diskussion wurde zum Thema Schriftlesung durch

den Priester vorgeschlagen, nicht zum Offizium neue Bibellesungen dazuzunehmen, sondern die im Offizium enthaltenen Lesungen wirklich zu lesen. Vielleicht könnte bei der kommenden Brevierreform erreicht werden, daß bloß die Dauer des Betens, etwa eine Stunde am Tage, vorgeschrieben wird. Weiter wurde gesagt, es sollte stärker betont werden, daß das Wort Gottes ein Gericht für uns ist (ein Gedanke, den die Protestanten übersteigern, der aber uns zu wenig bewußt ist). Ein weiterer Vorschlag ging dahin, die Bibel sinnfällig im Kirchenraum in Erscheinung treten zu lassen und ihr, allen sichtbar, einen Ehrenplatz zu geben.

Wissenschaftliche Fragen zum Alten Testament

Die zwei folgenden Tage sollten einerseits eine Übersicht über den heutigen Stand der Einleitungswissenschaften und die Botschaft des Alten und Neuen Testaments geben, andererseits die praktischen Fragen weiterführen. Univ.-Prof. Dr. Johannes Gabriel, Wien, sprach über den heutigen Stand der Einleitung in das Alte Testament. Aus dem reichen Tatsachenmaterial, das aus den letzten Jahren vorliegt, hob er die Funde von Ugarit und Ladis und als die großartigsten Funde die aus den Höhlen von Jericho hervor, durch welche die Zuverlässigkeit des aus dem 10. Jahrhundert nach Chr. stammenden sogenannten masoretischen Textes in hervorragender Weise erwiesen ist. Weiter besprach der Vortragende das Schreiben der Päpstlichen Bibelkommission an Kardinal Suhard über die Frage der Quellen des Pentateuchs und das Problem der literarischen Arten der ersten elf Kapitel der Genesis (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., S. 313), über die es, wie im einzelnen gezeigt wurde, auch im katholischen Lager recht verschiedene Auffassungen gibt.

Den theologischen Gehalt aus dem Alten Testament herauszuheben war die Aufgabe von Dozent Dr. Walter Kornfeld, Wien. Er betonte, daß das AT keine fertige Größe ist, weshalb man auch keine abgeschlossene Theologie daraus schöpfen könne, und entwickelte, chronologisch geordnet, die theologischen Gedanken der einzelnen Epochen (Urgeschichte, Patriarchenzeit, Moses, Propheten, Restauration). Er faßte seine Darstellung in die Thesen zusammen, daß das AT eine progressive Offenbarung ist, inhaltlich wie in der Ausweitung von einer einzigen Familie auf ein Volk und dann auf alle Völker, sowie eine unvollendete Offenbarung, die aus sich heraus eine Vollendung fordert, die das NT ist.

Die Diskussion befaßte sich mit den großen Schwierigkeiten der Darstellung des AT vor Kindern und Jugendlichen. Denn wenn man die Berichte des AT den Kindern zu sehr als „Geschichten“ hinstellt, in denen auch etwas Religiöses enthalten ist, wird leicht die ganze Glaubwürdigkeit der Bibel erschüttert, während es andererseits notwendig ist, etwas über die bildliche Ausdrucksweise des AT zu sagen. Was sich den Kindern und dem Volke einprägt, ist eben nicht der theologische Lehrgehalt an sich, sondern das anschauliche Bild, an das der theologische Lehrgehalt gebunden ist. Es ist praktisch kaum möglich, den Lehrgehalt vom Bilde zu lösen und das Bild für unwesentlich zu erklären.

Die Bibel in der Erwachsenenseelsorge

Am Nachmittag kamen im Vortrag von Pfarrer Dr. Erwin Hesse „Bibel und Seelsorge“ wieder die praktischen Fragen zu Wort. Pfarrer Hesse, der seit vielen Jahren erfolgreich Bibelrunden hält, ging von der Frage aus,

warum Christus nur mündlich gelehrt hat, und entwickelte den Gedanken, daß sein Wort primär für die Öffentlichkeit und für die Volksmassen bestimmt war (die Worte kerygma = Heroldsruf, euangelion = amtliche Verlautbarung, Martyrion = öffentliches Zeugnis, zeigen dies sehr deutlich) und zur Tat und zum Leben drängt. Die Bibel gehört vor allem in den Kult. Denn dort ist das Wort in seiner messianischen Mächtigkeit (Der Herr ist da; jeden Tag wird das Evangelium verkündet; jeder Tag ist ein Heilstag für uns). Von größter Wichtigkeit ist die Bibelstunde, die vorbereitende Funktion für den Kult hat. Die Laien sind dem Worte Gottes sehr entfremdet. Während im Gottesdienst auch der Fernstehende, wenn er einmal kommt, bei der heiligen Wandlung etwa den Schauer des Mysteriums spürt, ist dies gegenüber dem Mysterium der Bibel nicht so. Zur Praxis der Bibelstunden sagte Pfarrer Hesse, daß man neben den eigentlichen Bibelrunden alle Runden in der Pfarre mit einer Bibellesung beginnen sollte. Man soll rasch weiterkommen, größere Abschnitte der Bibel lesen — in einem Abend etwa ein Kapitel — die Schönheit der Bibel selbst sprechen lassen und nicht meinen, man müsse sehr viele Details in den Erklärungen bieten. Zur Bibelstunde gehört unbedingt die Aussprache. Bei Pfarrer Hesse spricht in den Bibelrunden jeweils ein Laie, der das Kapitel vorzubereiten hat (und dadurch, daß er einen Kommentar mitbekommt, auch Achtung vor der sauberen Arbeit der Theologie gewinnt).

In der Diskussion wurde abermals der Gedanke aufgegriffen, die Bibel müsse im Kirchenraum und im Kult stärker in Erscheinung treten. Vielleicht könnte der Priester das Evangelienbuch in feierlicher Form auf die Kanzel tragen. Die große Zahl von Stimmen, die hier laut wurden, ließ klar erkennen, daß die gegenwärtige Praxis als unbefriedigend und reformbedürftig empfunden wird.

Wissenschaftliche Fragen des Neuen Testaments

„Der heutige Stand der Einleitung in das Neue Testament“ wurde von Prof. Dr. Alois Stöger, St. Pölten, geboten. Eine wahrhaft ungeheure und dem Laien kaum vorstellbare Arbeit, so führte Prof. Stöger aus, ist geleistet worden, um aus den verschiedenen Lesarten der Handschriften den ursprünglichen Text wiederherzustellen. Gelungen ist es, den ursprünglichen Text ungefähr wieder zu erreichen. Papyri aus dem 2. und 3. Jahrhundert n. Chr., die in den letzten Jahren gefunden wurden, haben uns näher an den Urtext herangeführt. Durch diese Funde wurde die Zuverlässigkeit und Unversehrtheit unserer Texte bestätigt, so daß wir heute auf einem festeren Boden stehen als früher. Zu den gesicherten Forschungsergebnissen gehört u. a., daß die synoptischen Evangelien nicht Biographien sind, sondern Sammlungen von kleineren Einheiten — Worte Jesu und Begebenheiten seines Lebens —, die zunächst ein Sonderdasein führten und dann durch einen Rahmen zusammengefaßt wurden. (Nur die Leidensgeschichte war von Anfang an eine zusammenhängende Erzählung.) Gesichert ist ferner, daß die neutestamentlichen Schriften in der Auseinandersetzung mit gewissen Ideen ihrer Zeit entstanden sind (Judaismus, Ideen, die der Gnosis verwandt sind, Libertinismus, Kaiserkult). Zwei Papyri, Johannes 18, 31 ff. und Fragmente einer Art Evangelienharmonie aus allen vier Evangelien, stammen aus der Zeit um 130 n. Chr., zeigen also, daß das Johannesevangelium damals schon in Ägypten verbreitet war. Das große Rätsel ist immer noch Johannes (worüber

man gern mehr erfahren hätte). Auch bei Paulus, der die geschichtlich greifbarste Persönlichkeit ist, bleibt vieles im Dunkeln. Manchmal überdeckt Sekretärarbeit die Eigenart des Verfassers. Im ganzen kann gesagt werden, daß der Weg der Einleitungswissenschaften nicht von der Tradition weg, sondern zu ihr hinführt.

Als Ergänzung zu Doz. Kornfeld sprach Prof. Dr. Rudolf *Schnackenburg*, Dillingen a. D., über „Die Botschaft des NT“, ein Thema, das er natürlich in einem Vortrag nur andeutungsweise behandeln konnte. Die neutestamentliche Theologie, so erklärte Prof. Schnackenburg, ist dazu berufen, die gesamte heutige Theologie zu befruchten. Denn sie ist von Anfang an verkündete und nicht bloß gedachte Theologie; sie ist anschaulicher und leichter faßlich als die scholastische Theologie, und sie kommt unmittelbar aus der Offenbarungsquelle. Den Vorzügen stehen andererseits nicht geringe Schwierigkeiten gegenüber: Das Wort Gottes ist in die Sprache und Anschauungsweise der damaligen Zeit eingegangen, so daß sich der heutige Gläubige oft sehr schwer zurechtfindet. Ferner: Unsere Verkündigung orientiert sich seit Jahrhunderten an der Dogmatik. (So ist die „*gratia*“ der Scholastik etwas anderes, als was wir in der Bibel finden, wie überhaupt die ganze ontologische Denkrichtung der Scholastik anders ist als die dynamische Denkrichtung der Bibel.) Und schließlich werden viele biblische Worte und Gleichnisse aus Unkenntnis und Gewöhnung falsch verstanden. Die Geburtsstunde der neutestamentlichen Theologie war das Pfingstereignis. Wenn es dann bei Paulus 1 Kor. 15, 3 heißt, daß Christus für unsere Sünden gemäß der Schrift gestorben ist, so war damit die grundlegende Heilstatstache erkannt und zugleich die Beziehung zum AT hergestellt. Vom Blick auf die Passion und den Tod Christi weitete sich der Blick auf das ganze Leben Jesu. So kamen zur Leidensgeschichte als dem Kernstück die Berichte über andere Worte und Begebenheiten aus seinem Leben. Nur wenig konnte der Vortragende infolge Zeitmangels zur paulinischen Theologie ausführen (das Handeln Gottes beherrschend im Vordergrund), und nur sehr wenig zur johanneischen Theologie. Ebenso blieben die vom Verfasser vorbereiteten Kapitel über die Vaterbotschaft, die Botschaft von der Königsherrschaft, die Christologie, die Gnadenlehre, die Lehre von der Kirche, von den Sakramenten, die Sittenlehre und Eschatologie (bei welcher mehr die kosmische als die individuelle betont werden sollte) zum großen Teil ungesagt. Der Grundgedanke, auf welchem eine biblische Theologie aufgebaut werden müsse, sei: Gottes großes Handeln mit der Menschheit.

Pfarrer Anton *Gmeiner*, Vorarlberg, („Die Bibel vor Kindern und Jugend“) berichtete ganz konkret und sehr lebendig, wie er vor Kindern die biblische Geschichte erzählt: möglichst anschaulich, die christliche Botschaft als etwas Forderndes (weil gerade dies den jungen Menschen packt), die Berichte der Genesis wie eine schöne Erzählung, ein Gedicht, ein Lied für den Schöpfer, in dem große Gedanken enthalten sind. So könne man verhindern, daß unnötige Schwierigkeiten entstehen, zumal das Denken der Kinder immer mehr von der Exaktheit der Mathematik und Physik bestimmt wird. Im übrigen bleibt die Schwierigkeit, daß die Schule immer mehr zur neutralen Schule und der Religionsunterricht mit seinen zwei Stunden immer mehr zum Fremdkörper im allgemeinen Unterricht wird.

In der Diskussion wurden manche Beispiele gebracht und

Bedenken geäußert. Manche sehen eine Gefahr darin, daß man die Dinge allzu natürlich erklärt und als schöne Geschichten bezeichnet. Ausdrücke wie Märchen oder Mythos müßten unbedingt vermieden werden. Die Schwierigkeiten sind jedenfalls da und werden als gute Sorge empfunden.

Eine Schlußandacht und Predigt des Kardinals, der die Verpflichtung betonte, die Heilige Schrift zum Allgemeinbesitz des Volkes zu machen, beendete die Tagung.

Studentenmission in Wien Vom 24. November bis 3. Dezember 1954 wurde in Wien erstmalig eine Studentenmission abgehalten. Im Gegensatz zu den bisher in Westdeutschland durchgeführten Studentenmissionen ging man in Wien direkt in die Hochschulen. Ehe die eigentliche Mission mit den Predigten in der Kirche am Hof begann, fanden an allen Hochschulen allabendlich Vorträge in den Hörsälen statt. Als Vortragende hatte man Priester gewinnen können, die mit dem besonderen Wissenschaftscharakter der betreffenden Hochschule durch eigenes Studium wohlvertraut waren. Über die Situation der Hörschaft, vor der sie sprechen sollten, wurden sie genau informiert, was durch eine soziographische Untersuchung des Katholischen Internationalen Soziologischen Institutes über die Wiener Hochschulen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 101 ff.) sehr erleichtert wurde.

Die Vorträge hatten den Zweck, die Frage nach Gott, Christus und der Kirche aufzuwerfen, wie sie sich dem modernen Menschen und insbesondere dem Akademiker stellen, und dadurch zugleich Interesse für die eigentliche Mission zu wecken. Themenformulierung und Aufbau der Vorträge nahmen weitgehend auf die besonderen Probleme und Methoden der einzelnen Wissenschaften und der entsprechenden akademischen Berufe Rücksicht.

Es sprachen in der Universität für Geisteswissenschaftler: Hans Urs von Balthasar, Basel; Msgr. Georg Hansemann, Graz; für Naturwissenschaftler: Heimo Dolch, Paderborn; für Mediziner: Bernhard Hansler, Stuttgart; für Juristen: Alexander Dordett, Wien; auf der Technischen Hochschule sprach Laurentius Hora OSB, Seckau; auf der Hochschule für Welthandel: Virgil Redlich OSB, Seckau; auf der Hochschule für Bodenkultur: Erwin Hesse, Wien; auf der Tierärztlichen Hochschule: Arnold Dolezal, Wien. Pfarrer Joseph Ernst Mayer, Wien, sprach auf der Akademie für Musik und darstellende Kunst, und auf der Akademie der Bildenden Künste und der Akademie für angewandte Kunst Msgr. Otto Mauer, Wien.

Die Morgenansprachen und Abendpredigten, die vom 28. November bis 3. Dezember in der Kirche stattfanden, wurden von den Missionaren Heinrich Suso Braun OMCap, Innsbruck, und Georg Waldmann SJ, München, gehalten.

Vorbereitung und Werbung

Die Studentenmission wurde von der katholischen Hochschuleseelsorge veranstaltet, d. h. von der Gesamtheit aller im studentischen Milieu tätigen Seelsorger. Zur Vorbereitung und Durchführung hatten sich alle katholischen Studentenorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Verbände entsandten Vertreter in die beratenden und planenden Komitees (Geistliche Vorbereitung, Werbung und

Propaganda, Liturgische Gestaltung usw.), die ihre Beratungen bereits im Januar 1954 aufnahmen und sie bis Juni beendeten, so daß mit Ende des Sommersemesters der Plan für die gesamte Mission fertig vorlag. Im Sommersemester versuchte man ferner, in allen katholischen Organisationen durch Vorträge und Exerzitien den missionarischen Geist zu wecken bzw. zu stärken, um die organisierten katholischen Studenten im Herbst für die Werbung einsetzen zu können. Die Ordensgemeinschaften und Priesterseminarien wurden um das Gebet für das Gelingen der Mission gebeten.

Vier Wochen vor Beginn der Mission wurden die Mitglieder der Organisationen zu einer Gebetsstunde aufgerufen, bei welcher Erzbischof-Koadjutor Franz Jachym über den Sinn der Studentenmission sprach. An dieser Veranstaltung nahmen etwa 1100 Hochschüler teil. Den Studenten wurde ein eigenes Gebet um Gelingen der Mission zum täglichen Gebet mitgegeben.

Für die Werbung, die zu diesem Zeitpunkt einsetzte, wurden zunächst alle Mittel der Plakatierung eingesetzt. Eine Pressekonferenz stellte den Kontakt mit den Tages- und Wochenzeitungen her. Alle katholischen Hochschüler und Hochschülerinnen wurden durch einen persönlich abgefaßten Brief zur Teilnahme an der Mission eingeladen. Vor den Hochschulen wurden Handzettel verteilt, die für die Vorträge in den Hörsälen warben. Mit der gleichen Methode wurde später für die Veranstaltungen in den Kirchen geworben. Auch der Rundfunk wurde für die Ankündigung der Vorträge eingesetzt.

Die entscheidende Werbung geschah aber nicht mit diesen technischen Mitteln, obwohl deren Wirkung nicht unterschätzt werden sollte, sondern in der persönlichen Begegnung und Werbung von Mund zu Mund. Die große Zahl der Studierenden (1953/54 11977, davon rund 80% Katholiken) und die räumliche Verteilung durch ganz Wien auf 8 Hochschulen und 42 Hochschulgebäude erforderten eine rationelle Aufteilung und Gliederung des Milieus in übersehbare und organische Einheiten (nach Fachgruppen, Instituten, Seminaren, Laboratorien, Kliniken). Insgesamt ergaben sich 100 solche Einheiten, die missionarisch durchdrungen werden mußten. Für jede Einheit wurde ein eigenes Team aufgestellt, das sich die Studienkollegen daraufhin ansah, wer wohl für die Mission ansprechbar sei und die persönliche Werbung unter den Kollegen durchführen konnte. In diesen Teams haben insgesamt etwa 450 bis 500 Studenten mitgearbeitet. Man kann annehmen, daß der gute Besuch und das Gelingen der Mission hauptsächlich dieser persönlichen Werbung zuzuschreiben ist. Den Grundstock für die Teams stellten die Mitglieder der Studentenorganisationen, doch taten auch viele mit, die in keiner Organisation stehen. Naturgemäß war der Anteil der kirchlichen Studentenverbände (Kongregationen, Katholische Hochschuljugend) stärker als der Anteil der übrigen.

Die Werbung stieß nirgends auf direkte Ablehnung. Es fielen keine spöttischen Bemerkungen, es kam zu keiner Provokation. Die starke Betonung der Freiheit der Entscheidung erwies sich als die psychologisch richtige Methode.

Der Besuch der Veranstaltungen

Die Hochschulvorträge waren am ersten Abend von insgesamt 2500 Studenten besucht, an den beiden anderen Abenden stieg die Besucherzahl auf etwa 2600 bzw. 2700 Teilnehmer. Besonderen Zulauf hatten die beiden Vorträge von Urs von Balthasar, der in einer eingehenden

Auseinandersetzung mit den philosophischen Strömungen der Moderne die Gottesfrage des heutigen Menschen präziserte, und die Vorträge von Msgr. Mauer auf der Kunstakademie, wo ein derartiges Interesse geweckt werden konnte, daß die Diskussion der angeschnittenen Fragen noch an zwei Abenden außerhalb der Akademie bei starkem Besuch fortgeführt werden konnte. Im Anschluß an die Vorträge fanden vielfach auf ausdrücklichen Wunsch der Hochschüler Diskussionen statt. Die Fragen, die dabei gestellt wurden, gingen meist in das Zentrum des Glaubens, wobei sich zeigte, daß viele weniger ihre Fachfragen als eine tiefere theologische Belehrung als das Wesentliche ansehen. Bei den Fragen ließ die Formulierung häufig erkennen, daß der Fragesteller der Kirche ferne stand. Es scheint also gelungen, über den Kreis der bewußt katholischen Hörer hinaus auch Indifferente und Andersdenkende durch die Vorträge anzusprechen.

Wie zu erwarten war, fiel der Besuch der Veranstaltungen in der Kirche gegenüber dem Besuch der Hochschulvorträge ab. Der Anfang- und der Schlußgottesdienst, zu welchem Kardinal Innitzer kam, war (u. a. auch dadurch, daß die farbentragenden Verbindungen die Veranstaltungen als offiziell erklärt hatten) von 2000 bzw. 2500 Hochschülern besucht. Bei den Morgenansprachen waren jeweils 300 bis 400 und bei den Abendpredigten zwischen 800 und 1100 anwesend. Ein großer Teil von ihnen feierte jeweils die heilige Messe mit. Nach Aussage der Missionare war die Ausnützung der reichlich gebotenen Beichtgelegenheit zufriedenstellend, ebenso der Kommunionempfang bei der abschließenden Abendmesse. Dagegen wurden die Sprechstunden der Missionare nicht ausgenutzt.

Kontakt mit den Professoren

Ein weiteres Charakteristikum der Wiener Studentenmission war der Versuch, auch die Professoren, Dozenten und Assistenten indirekt in die Mission einzubeziehen. Für die Professoren gab Kardinal Innitzer im Erzbischöflichen Palais einen Empfang, der außerordentlich gut besucht war. Es kamen viele, von denen man es nicht erwartet hatte. Die Absicht, die offiziellen Vertreter der Kirche und die Männer der Wissenschaft in Kontakt miteinander zu bringen, wurde also verwirklicht. Verschiedentlich wurde auch der Wunsch geäußert, diesen Kontakt fortzusetzen. Nichts konnte deutlicher den Wandel des geistigen Klimas an den Hochschulen seit der Jahrhundertwende dokumentieren als eben diese Tatsache, was von den Anwesenden auch stark empfunden wurde. Die Professoren waren, da es sich um eine Studentenmission handelte, nicht unmittelbar zur Teilnahme eingeladen, wohl aber brieflich über die Ziele und das Programm der Mission informiert worden. Einzelne Professoren, auch Rektoren, ließen es sich jedoch nicht nehmen, bei den Hochschulvorträgen persönlich anwesend zu sein. Von seiten der akademischen Behörden wurde der Mission jede Unterstützung gewährt. Auch die Institutsvorstände genehmigten (mit ganz wenigen Ausnahmen) anstandslos eine Ankündigung der Missionsveranstaltungen auf den Anschlagtafeln ihrer Institute.

Ein Empfang des Kardinals für die Dozenten, Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräfte im Studentenhaus diente dem gleichen Ziel wie der Empfang für die Professoren und fand gleichfalls begeisterte Aufnahme. Gerade diese Schicht des wissenschaftlichen Nachwuchses hat für die Formung der Studenten größte Bedeutung, da sie

mit den Studenten oft einen viel unmittelbaren Kontakt hat als die Professorenschaft.

Ergebnisse

Ein erstes und nicht geringes Ergebnis der Mission war die stark in Erscheinung tretende Präsenz der Kirche auf den Hochschulen. Die Kirche zeigte sich als eine geistige Macht, mit der man sich auseinandersetzen muß. Die Kirche ist nicht bloß eine Institution aus ehrwürdiger Vergangenheit, die als solche Respekt fordern kann, sie ist kein Ghetto, das sein eigenes zeitabgewandtes Leben führt, sondern eine Macht, die imstande ist, in der Problematik der Gegenwart mitzusprechen. Und die Kirche wurde rein als geistige Macht ohne jeden politischen Bezug empfunden.

Über die religiösen Auswirkungen einer Mission lassen sich naturgemäß wenig Aussagen machen, da sich die wesentlichen Entscheidungen in der Verborgenheit des Einzelmenschen abspielen. Jedenfalls sind viele Menschen in ihrem Gewissen beunruhigt worden und müssen die Glaubensfrage und die Frage nach ihrer persönlichen Lebensführung aufs neue stellen. Sie wurden angeregt, die innere Diskussion mit dem Christusglauben wieder aufzunehmen.

Es war großer Ernst vorhanden. Die Missionare waren erstaunt, wie stark die Offenheit für das Religiöse ist. Die Besucherzahl der Missionsveranstaltungen lag über dem Durchschnitt der üblichen Volksmissionen der Pfarreien. Denn fast ein Drittel der katholisch getauften Studenten wurde von der Mission angesprochen. Dagegen gelang es nicht, die Menschen, die man durch die Vorträge auf den Hochschulen angesprochen hatte, im gleichen Ausmaße für die Mission im Kirchenraum zu gewinnen.

Diese Beobachtungen leiten zu Überlegungen über, wie die Impulse der Mission von der ordentlichen Seelsorge aufgenommen und fortgesetzt werden können. Denn es genügt nicht, die Studentenschaft einmal vor eine Entscheidung zu stellen und den Kontakt zwischen Hochschule und Kirche herzustellen. Die Herausforderung, auf die die Hochschüler so positiv reagiert haben, muß sich vielmehr in einer Intensivierung der apostolischen Arbeit im Hochschulmilieu fortsetzen. Dabei darf das Wachstum der katholischen Verbände nicht mit dem allgemeinen Apostolat verwechselt werden. Selbstverständlich muß in den Organisationen das religiöse Leben stärker betont werden. Entscheidend aber wird sein, ob es gelingt, eine größere Zahl Studenten in ständigen Kontakt mit einem Seelsorger zu bringen und immer wieder zu Veranstaltungen einzuladen, wo die Diskussion fortgeführt wird. Das setzt aber voraus, daß für die spezifischen Milieus der Hochschulen besondere Seelsorger zur Verfügung stehen, und daß studentische Teams da sind, welche die Träger dieser Veranstaltungen sind.

Aus Süd- und Westeuropa

Der Schulkampf in Belgien

Der sogenannte „freie“ Unterricht, d. h. die konfessionelle Privatschule, betreut in Belgien weit mehr als die Hälfte aller schulpflichtigen belgischen Kinder: seine verschiedenen Stufen — Elementarschulen, Mittelschulen, Normalschulen, Fach- und Berufsschulen — werden von 884 479 Schülern besucht, während das staatliche Schulwesen nur 699 557 Schüler hat. Auf Grund dieser ihrer Bedeutung im belgi-

schen Erziehungswesen kann die freie Schule, wenn ihre Rechte bedroht werden, als Macht auftreten. Es ist trotzdem keineswegs selbstverständlich, daß sie es auf so dramatische Weise tut, wie es in den letzten Wochen tatsächlich geschehen ist.

Im April vorigen Jahres hat eine sozialistisch-liberale Koalition die Christlich-Soziale Partei in der Regierung Belgiens abgelöst. In der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten van Acker hieß es ausdrücklich, die Regierung wolle einen echten und dauerhaften Schulfrieden. Tatsächlich hat aber das Unterrichtsministerium seit her eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die das freie Schulwesen schwer treffen. Im Laufe eines halben Jahres sind 110 Lehrer aus dem öffentlichen Schuldienst entlassen worden, weil sie ihr Lehrdiplom an katholischen Anstalten erworben hatten; das bedeutet eine ernstliche Diskreditierung der Bildung, die die freien Schulen vermitteln. Nachhaltig werden die freien, das heißt also die katholischen Schulen aber durch die Festsetzungen des Budgets des Erziehungswesens für 1955 getroffen. Die Gehälter der Lehrer an Fachschulen, Lehrerseminaren und an Mittelschulen des freien Unterrichtswesens sollen um 25% herabgesetzt werden. Außerdem ist eine Herabsetzung der staatlichen Zuschüsse an die katholischen Schulen um 50% vorgesehen. Auch sollen die gemischten Kommissionen, die geschaffen worden sind, um eine Schulpolitik der Toleranz und Versöhnlichkeit zu garantieren, wieder abgeschafft werden. Alle diese Maßnahmen zusammen würden nach und nach ebenso die materielle Lebensfähigkeit wie das geistige Ansehen der katholischen Schulen untergraben.

Kurz nach Bekanntgabe des Budgets für 1955 in der zweiten Novemberwoche des vergangenen Jahres haben sich daher rund 8000 Lehrer des freien Schulwesens in Brüssel getroffen und einen „Schulstreik“ für den 24. November zur Kundgabe ihres Protestes beschlossen. Die Christliche Arbeiterbewegung Belgiens hat sich einmütig hinter die Aktion der christlichen Lehrer gestellt (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 403). Die Schüler des freien Schulwesens, zumal in Löwen und Lüttich, machten durch lärmende Krawalle ihren Gefühlen Luft. Auch die vier christlichen Lehrgewerkschaften (der Verband der christlichen Lehrer Belgiens, die Christliche Zentrale des Technischen Lehrpersonals, die Christliche Gewerkschaft des freien mittleren Unterrichts und der freien Lehrerseminare und schließlich der Christliche Verband der Lehrer des Staatlichen Unterrichts) mit insgesamt rund 25 000 Mitgliedern beschlossen, an der Protestaktion geschlossen teilzunehmen. Die gesamten christlichen Gewerkschaften stellten sich hinter diesen Beschluß.

Die christlichen Lehrgewerkschaften beschlossen auch einen „Konferenzstreik“, d. h. sie wollten nicht mehr an den von den Inspektoren einberufenen Regionaltagungen teilnehmen und auch die bei diesen Tagungen obligatorischen Arbeiten über ein pädagogisches Thema nicht mehr verfassen. Weiter beschlossen sie, nicht mehr bei den Schulsparkassen mitzumachen, da diese dem Staat Gelder zur Verfügung stellen, die gegen den freien Unterricht und dessen Lehrkörper verwendet werden.

Die Parole der christlichen Lehrgewerkschaften ist dann am 24. November in der Tat voll und ganz befolgt worden: Die Lehrer des freien Unterrichts erschienen nicht in ihren Schulen, und die katholischen Lehrer an staatlichen Schulen machten zu einem großen Teil aus Sympathie den Streik mit. An die Eltern der Schüler war die Aufforde-

rung ergangen, ihre Kinder an diesem Tag nicht zur Schule zu schicken. Schätzungsweise haben über 30 000 Lehrer und mehr als 1 Million Schüler gestreikt. In Antwerpen, Hasselt, Mecheln und Löwen kam es zu Kundgebungen. In Löwen mußte die Polizei manifestierende Universitätsstudenten auseinandertreiben. Auf allen Kundgebungen wurde beschlossen, durch eine Abordnung der Christlichen Gewerkschaften an die Regierung die Forderung zu stellen, ihre Beschlüsse zurückzunehmen, die eine Bedrohung der Gewissensfreiheit darstellen (wenn nämlich die Schüler durch das Erliegen des freien Schulwesens gezwungen werden sollten, die religionslosen Staatsschulen zu besuchen). Sollte diese Forderung bis zum 31. Dezember nicht bewilligt werden, so drohten die Christlichen Gewerkschaften für den 13. Januar einen „Marsch auf Brüssel“ an. Eine „Alarmaktion“ zur Vorbereitung dieser Demonstration wurde sofort ins Leben gerufen. Die Christlichen Gewerkschaften in Belgien haben insgesamt 650 000 Mitglieder.

Kurz nach dem Schulstreik hörte man — doch ohne eine Bestätigung zu erhalten —, die Regierung habe sich an Kardinal Van Roey, den Erzbischof von Mecheln, sowie an die Katholische Volkspartei gewandt und sie um ihre Vermittlung in diesem Streit gebeten.

Von Ende November wird aus Brüssel gemeldet, daß sich ein „Komitee für Freiheit und Demokratie“ gebildet habe, das die antikatholische Schulpolitik der Regierung bekämpfen will. Es hat zunächst einmal einen Offenen Brief an den Kolonialminister gerichtet, um gegen die Reduktion der Subsidien für die ebenfalls betroffenen Missionschulen in Belgisch-Kongo zu protestieren, die 84 Millionen belgische Francs ausmachen. Die Regierung hat vor, in der Kolonie 900 neue staatliche Schulen zu eröffnen, in denen keinerlei Religionsunterricht erteilt werden würde — wahrscheinlich für den Kommunismus ein willkommenes Einfallstor.

Auch Protestaktionen haben seither weiter stattgefunden. So haben sich die katholischen Abgeordneten Anfang Dezember geweigert, an der ersten Abstimmung über die Revision der Verfassung teilzunehmen, indem sie die moralische Unmöglichkeit hervorhoben, über eine neue Verfassung abzustimmen, während die bestehende von der Regierung aufs größte verletzt werde (gemeint ist vor allem die Entlassung der Lehrer aus dem Staatsdienst, die ein Diplom der freien Schulen haben). Die Abstimmung konnte daraufhin nicht zustande kommen, da nach dem geschlossenen Auszug der Katholiken aus dem Saal die erforderliche Anwesenheit von Zweidrittel der Senatsmitglieder nicht mehr vorhanden war. Auch ein Antrag auf Erhöhung der Entschädigungsgelder für Abgeordnete war durch die Stimmen der Katholiken zu Fall gekommen; sie begründeten ihre Ablehnung damit, daß man bei den Parlamentariern nicht weitere Gelder ausgeben könne, wenn man bei den katholischen Lehrern sparen müsse.

Unter dem Druck all dieser Vorgänge hat sich die belgische Regierung im letzten Augenblick, Ende Dezember, wenigstens zu einem Teilkompromiß entschlossen. Weltliche Lehrer an freien Schulen sollen nun das gleiche Gehalt bekommen wie die Lehrer im Staatsdienst. Bisher hatte sich die Regierung geweigert, ihnen das volle Gehalt zu zahlen, weil die Katholiken darauf bestanden hatten, daß die Zahlung in Form von Unterstützungsgeldern an die Direktion der Privatschulen ginge. Die Gehälter sollen aber nun direkt an die Lehrer gehen. Mit dieser Lösung haben sich die Katholiken vorläufig abgefunden,

doch betonen sie, daß sie ihren Protest gegen die Schulpolitik der Regierung aufrechterhalten. Auch nach Ansicht der Christlichen Gewerkschaften ist „die Gehaltsfrage der Lehrer nur eine unter vielen Fragen“. Bei einer Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten und Christliche-Gewerkschaft-Vertretern sagten diese, sie würden auf ihrem Kongreß am 4. Januar entscheiden, ob der „Marsch auf Brüssel“ durchgeführt werden soll. Angesichts der Konzessionen der Regierung haben die Christlichen Gewerkschaften auf ihrem Kongreß am 4. Januar den „Marsch auf Brüssel“ dann abgesagt.

Kirchliche Berufe in Spanien

Die Herder-Korrespondenz hat im vergangenen Jahr mehrmals auf die steigenden Priesterzahlen in Spanien sowie auf die Fruchtbarkeit an religiösen Berufen in diesem Lande hingewiesen (zuletzt im November, vgl. ds. Jhg., S. 64). In jüngster Zeit haben führende katholische Zeitschriften Spaniens Statistiken und Beiträge veröffentlicht, die diese Fruchtbarkeit eindrucksvoll belegen und darüber hinaus erkennen lassen, daß die Stärke des spanischen Katholizismus weniger in seiner Anlehnung an den katholischen Staat als vielmehr auf der Glaubenskraft einer katholischen Gesellschaft beruht, die freilich durch das Wohlwollen des Staates gegenüber dem kirchlich-religiösen Leben gefördert und entfaltet wird.

Der Norden ist fruchtbarer als der Süden

Nach den Verlusten im Bürgerkrieg, die über die Zahlen der getöteten Priester und Ordensleute hinaus vor allem in den Ausfällen an Weihen bestanden, hat sich die katholische Kirche in Spanien überraschend schnell erholt. So betrug die Zahl der Neupriester 1945 390; 1946 waren es 242. Von 1947 an stieg dann die Zahl von 287 auf 859 (1952), 996 (1953) und erreichte im vergangenen Jahr 1015.

Nicht so günstig sieht die Statistik der Priesterzahlen aus:

Jahr	Weltpriester
1920	34 420
1931	32 446
1939	25 465
1951	21 298
1954	22 087

Demgegenüber zeichnet sich eine außerordentlich günstige Entwicklung bei den Seminaristen ab.

1945 zählten die spanischen Seminare 2857 Philosophie- oder Theologiestudenten. 1946 waren es 4440, 1947 5851, 1949 7253, 1950 7344, 1952 7654, 1953 7998; 1954 betrug dann die Zahl 8406 Seminaristen in den höheren Studien (nach: Guía de la Iglesia en España, 1954, 293). Die Zunahme an Seminaristen beträgt also in den letzten 9 Jahren fast 300%. Dabei haben folgende Bistümer den absolut größten Zuwachs an Seminaristen zu verzeichnen (nach: Guía de la Iglesia en España, 1954, 284):

	1943	1954	Zunahme an Seminaristen
Valencia	105	363	258
Santiago	76	299	223
León	47	243	196
Madrid	93	270	177
Barcelona	104	279	175
Burgos	66	225	159

Den relativ stärksten Zuwachs erfuhren unzweifelhaft die Bistümer des Nordens. Vitoria z. B. hat 120 000 Einwohner und stellte sowohl 1952 als auch 1953 jeweils 75 Neuseminaristen. Wenn man dieses Verhältnis auf Madrid mit seinen 1 950 000 Einwohnern anwenden würde, so müßte die Stadt 1220 Neuseminaristen und Barcelona mit seinen 2 060 000 Einwohnern 1280 Neuseminaristen aufweisen. Ähnliches gilt auch für die anderen nördlichen Diözesen (nach: Surge, Nr. 112, 98).

Ein Vergleich zwischen zehn Bistümern des Nordens mit denen Südspaniens zeigt klar die Überlegenheit der nördlichen Diözesen in der Frage der Priesterberufe. Nach der „Guía de la Iglesia en España“, 1954, 293, betragen für 1953 die Zahlen der Neupriester in:

nordspanische Bistümer		südspanische Bistümer	
Oviedo	55	Albocete	3
Lugo	29	Jaca	8
Santiago	21	Granada	15
San Sebastián	48	Badajoz	19
León	29	Almería	11
Astorga	27	Cartagena	20
Pamplona	39	Cádiz	4
Palencia	55	Guadia-Baza	1
Orense	16	Orihuela	21
Gerona	23	Sevilla	26
Insgesamt	342	Insgesamt	128

Während in Spanien im allgemeinen auf 1301 Seelen ein Priester kommt, kommen in Bilbao auf jeden Weltpriester 547, in San Sebastián 417, in Pamplona 237 und in Vitoria 174 Seelen (nach: Surge, Nr. 118, 618).

Die Seminare

Leider haben eine Reihe von Seminaren den Numerus Clausus eingeführt. Jedes Jahr werden zahlreiche Berufe, die um Eintritt in die Seminare bitten, abgewiesen (nach: Surge, Nr. 112, 618; vgl. auch Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 353). Man konnte in Spanien bisher mit Recht von einem Problem des Raummangels zur Unterbringung der zahlreichen Berufe sprechen. Heute aber ist durch die großzügige Hilfe der Regierung dieses Problem größtenteils behoben. Die Seminarbauten von Vitoria, Pamplona, Oviedo und andere können sich gut mit den besten Europas vergleichen. Dazu sind Neubauten geplant bzw. schon in Angriff genommen für Ávila, Palma de Mallorca, Valencia, Zaragoza und Bilbao. Das eben vollendete Seminar von San Sebastián, das im August 1954 im Beisein General Francos eingeweiht wurde, bietet 450 Seminaristen und 50 Professoren Raum und kostete 40 Millionen Pesetas. Damit ist das Seminar von Vitoria, wohl das größte Spaniens, entlastet worden. Es wurde im Jahre 1930 errichtet und beherbergte 296 Seminaristen aus Vitoria, 258 von Bilbao und 183 von San Sebastián, insgesamt also 737 Seminaristen (nach: Hechos y Dichos, Dezember 1953, 834). Nach „Surge“ (1954, Nr. 10) ist das neue Seminar von San Sebastián bereits jetzt mit 450 Schülern voll belegt. Daß von Vitoria hat in den 73 Jahren seines Bestehens 2200 Priester herangebildet (jährlich 40), darunter sieben Bischöfe. Seine Bibliothek zählt 65 000 Bände mit einem Jahresfonds von 100 000 Pesetas zur Anschaffung neuer wissenschaftlicher Werke.

In gleicher Weise werden große Anstrengungen gemacht,

dem Professorenmangel abzuwehren. So widmen sich augenblicklich den höheren Studien in Rom, an der Päpstlichen Universität in Salamanca oder an anderen Universitäten 737 Seminaristen (nach: Guía de la Iglesia en España, 1954, 286). Der „Tag des Seminars“ wird seit ungefähr 20 Jahren regelmäßig in den Diözesen gefeiert.

Auswirkungen des Priesterreichtums

Die Zunahme der Priesterberufe wirkt sich in mehrfacher Weise aus. Man kann die spanischen Priester, die sich in der außerordentlichen Seelsorge betätigen, in vier Gruppen einteilen. In die erste Gruppe sind die Priester zusammenzufassen, die sich wissenschaftlich betätigen. Es ist jene Gruppe, die sich zur Zeit noch am wenigsten hervortut. Dennoch verdankt Spanien diesen Priestern die Veröffentlichung von 203 theologischen und 65 philosophischen Werken während der letzten Jahre.

Die zweite Gruppe ist auf sozialem Gebiet tätig. Sie umfaßt alle die Priester, die durch die „Escuela Social para Sacerdotes“ in Vitoria (gegründet 1948) und vor allem durch das „Instituto Social León XIII“ in Madrid (gegründet 1951) und schließlich durch die Kurse der „Estudios Ético-Sociales“ der Päpstlichen Universität in Salamanca herangebildet worden sind. Leistung dieser Priestergruppe sind die Industrieschulen für Lehrlinge in Vitoria, Mondragón y Vergara, die Bauten der sogenannten „billigen Häuser“ von Córdoba und die professionellen Schulen.

Eine dritte Gruppe setzt sich aus den Priestern zusammen, die sich der Exerzitienbewegung widmen. Aus einem Diözesanwerk entstanden, hat sich diese Bewegung rasch über ganz Spanien verbreitet. In den Bistümern San Sebastián, Vitoria und Bilbao besteht eine Gruppe von 12 Priestern, die hauptamtlich Exerzitienkurse veranstalten. Andere, es sind über 100 in den gleichen Diözesen, arbeiten nebenamtlich dabei mit. In Spanien existieren mehr als 20 Exerzitienhäuser, die von Weltpriestern geleitet werden. In den Diözesen Vitoria, Bilbao und San Sebastián haben in den letzten 10 Jahren über 40 000 Exerzitanten jeden Alters und aller Stände an den heiligen Übungen teilgenommen.

Die vierte Gruppe ist die der in den Missionen tätigen Priester. Nach einer vor kurzem veröffentlichten Aufstellung des „Consejo Superior de Misiones“ vom Jahre 1953 betrug die Zahl der in den Missionen tätigen Spanier 15 085. Diese Zahl setzt sich zusammen aus (nach: Guía de la Iglesia en España, 1954, 733):

	Europ.	Asien	Afrik.	Amerik.	Ozeanien	Insges.
Ordensmännern	608	713	198	7164	220	8903
Ordensschwwestern	1443	265	149	4259	66	6182
Insgesamt	2051	978	347	11423	286	15085

Die Ordensberufe

Ähnliches wie für die Seminaristen gilt für die Entwicklung der Ordensberufe.

Die Zahl der Ordenspriester wuchs von 6276 im Jahre 1943 auf 6321 im Jahre 1945; und weiterhin von 6875 im Jahre 1949 auf 7445 im Jahre 1950; sie erreichte schließlich 7493 im Jahre 1954.

Die folgende Aufstellung umfaßt die Ordensleute beiderlei Geschlechtes und zeigt noch deutlicher deren außerordentliche Zunahme vor allem in den letzten Jahren (nach: Guía de la Iglesia en España, 1954, 297):

Jahr	Häuser		Insges.	Mitglieder		Total
	männl.	weibl.		männl.	weibl.	
1925	958			11 436	44 145	55 581
1945	958	3613	4571	9 632	48 904	58 536
1949	1109	4250	5359	13 333	58 925	72 258
1953	1170	4708	5878	16 984	62 561	79 545
1954	1187	4693	5880	17 205	63 267	80 472
Zuwachs seit 1945:	229	920	1309	7 573	14 363	21 936

Danach hat Spanien von 1945 bis heute einen Zuwachs von 21 936 Ordensleuten zu verzeichnen, das sind jährlich 2436 oder 37 %.

Von diesen 80 472 Ordensleuten sind 7493 Ordenspriester, 9712 Kleriker oder Brüder und 63 267 Schwestern. Zusammen mit den Weltpriestern (22 087) betrug im Jahre 1954 die Zahl der geistlichen Berufe für Spanien insgesamt 102 559 (nach: Hechos y Dichos, Juli 1954, 500).

Ein Beispiel unglaublicher Fruchtbarkeit einer katholischen Ordensschule ist das „Colegio Apostólico San Francisco Javier“ in Javier (Navarra), dem Geburtsort des hl. Franz Xaver. Dieses Kolleg feierte am 10. Oktober 1954 sein 50jähriges Jubiläum. 1904 begann hier die Gesellschaft Jesu 25 Schüler auszubilden. Heute zählt die Schule 220 Schüler. Im Laufe der vergangenen 50 Jahre sind 1065 Schüler eingetreten, von denen 651 sich der Gesellschaft Jesu anschlossen, um sich auf den Priesterberuf vorzubereiten. 155 traten als Laienbrüder in die gleiche Gesellschaft ein. Ungefähr weitere 100 Schüler sind zu anderen Seminaren oder religiösen Instituten übergetreten. So konnte das Kolleg innerhalb der ersten 50 Jahre mehr als 900 Berufe für die Kirche Gottes heranbilden, was einen Durchschnitt von 18 Berufen jährlich ergibt, neben den 220 Schülern, die sich augenblicklich im Kolleg befinden (nach: Hechos y Dichos, November 1954, 744).

Zusammenarbeit mit Lateinamerika

Um den durch Priestermangel schwer bedrängten lateinamerikanischen Staaten zu Hilfe zu kommen, sind in Spanien vier Systeme mit verschiedenem Erfolg ausprobiert und angewandt worden (nach: Ecclesia, Nr. 661, 289). Es handelt sich um

1. das „Missionarische System“. Das Seminar „San Francisco Javier“ für Ausländische Missionen in Burgos, das der Propaganda Fide unterstellt ist, bildet Missionare aus dem Weltklerus aus und sendet sie in diejenigen Gebiete, die von der Propaganda Fide angegeben werden. Zur Zeit studieren dort 50 Seminaristen.
2. das „Adoptions-System“ der drei Diözesen des Baskenlandes. Diese adoptierten die Praelatura nullius „De los Ríos“ in Ecuador, wohin sie nicht nur Priester, Missionshelfer und Schwestern entsenden, sondern auch alle Mittel, um das Werk zu unterhalten. Neuerdings wurde ein weiterer Distrikt übernommen.
3. das sogenannte „Nationale Kooperations-System“. Die bischöfliche Kommission für spanisch-amerikanische Mitarbeit bildet im Seminar in Madrid Theologen aus, die sich bereit erklären, in Lateinamerika später als Priester zu wirken. Bisher sandte diese Kommission 115 Priester nach Südamerika.
4. das „Diözesan-Kooperativ-System“. Dieses System ist jenem verwandt, das das kanonische Recht (Canones 454, 456, 630 und 631) für diejenigen Ordensleute vorsieht,

die Pfarrstellen unter der Jurisdiktion der Diözesan-Ordinariate übernehmen. Das System wurde 1949 gegründet und hat in den vergangenen fünf Jahren gegen 100 Priester nach Südamerika geschickt. Es hat den meisten Anklang unter den spanischen Bischöfen gefunden. „In dieser Form“, sagte ein Bischof einer bedeutenden Diözese, „empfehle ich die Ausreise von 500 meiner Priester nach den verschiedenen Diözesen Südamerikas, während ich auf Grund schlechter Erfahrung nicht einem einzigen Priester anraten kann, allein und ohne Unterstützung einer Organisation auszureisen.“

Aus der totalitären Welt

Chronik der ungarischen Kirchenverfolgung

Das „Ungarische Bulletin“ vom 20. November 1954 bringt sieben Bilder vom 1. Landeskongreß, das heißt von der Eröffnungsfeier der neubegründeten „Patriotischen Volksfront“. Eines davon zeigt den amtierenden Vorsitzenden des ungarischen Episkopates, Erzbischof Czaplak von Erlau, während des Regierungsempfanges im Parlamentsgebäude im Gespräch mit dem ehemals in der katholischen Presse tätigen Journalisten und jetzigen Kossuth-Preisträger Georg Parragi. Der Erzbischof wurde in das Präsidium des Landesrates der Volksfront gewählt, das der Schriftsteller Pál Szabó leitet und dem der Präsident der Republik, Dobi, und der Ministerpräsident Nagy ebenso wie der Parteisekretär Rákosi als Vizepräsidenten angehören. Auch der reformierte Bischof Bereczky gehört zum Präsidium. Aus der Rede, die Erzbischof Czaplak bei dieser Gelegenheit hielt, berichtet das Bulletin nur den einen Satz: „Ich erhoffe von der Patriotischen Volksfront eine weitere Förderung des Friedens, der Verständigung und des Wohles unseres Vaterlandes.“ Im übrigen, so heißt es, habe Czaplak gesagt, daß das Wort „patriotisch“ in seiner Seele empfindsame Saiten angeschlagen habe.

Da die Rede indes durch Radio Budapest übertragen wurde, liegt über NCWC-News Service ein genauerer Bericht vor. Der Erzbischof sagte demnach: „Ich beginne mit einer grundsätzlichen Feststellung. Ich wünsche ein gläubiger Diener meiner Kirche und ihres Oberhauptes zu sein und es immer zu bleiben. Ebenso stelle ich fest, daß ich ein gesetzestreuer Bürger Ungarns und ein loyaler Sohn des ungarischen Volkes bleiben will. Ich erwarte, daß die Patriotische Volksfront die Sache des Friedens und der Verständigung und die Interessen des Landes fördern wird . . . Der Wunsch nach Frieden kann niemals zerstört oder erstickt werden; denn er bleibt die Sehnsucht der ehrenwerten Menschen, solange sie leben. Ich hoffe, daß die ‚Patriotische Volksfront‘ die Verkörperung und Bringerin eines Friedens sein wird, wie er diesem natürlichen Begriff entspricht . . . Eine Volksbewegung kann nur dann stark werden, wenn sie es dem Volk als ganzem ermöglicht, sich ihr anzuschließen. Das ist notwendig, und das macht es wünschenswert, daß alle sich beteiligen. In dieser Hoffnung und in diesem Wunsch bitte ich um Gottes Segen für die Zukunft der Patriotischen Volksfront.“ Es ist bemerkenswert, daß nach Jahren im Hause des ungarischen Parlamentes der Name Gottes ausgesprochen und des Oberhauptes der katholischen Kirche gedacht werden konnte.

Das Ungarische Bulletin nennt im ersten Satz seines Berichtes diesen Kongreß ein „entscheidendes Ereignis“. Das Bulletin beschwört das Gedächtnis Hunyadis und Rákóczis (neben Kossuth und Bela Kuhn), um dann zu sagen, was die neue Volksfront eigentlich will: „Im Frühjahr 1954 rief der 3. Parteitag der Partei der Ungarischen Werktätigen, getreu den heiligsten Traditionen der ungarischen Geschichte, alle redlichen, ihr Vaterland liebenden Ungarn unter die Fahne dieses breiten nationalen Zusammenschlusses.“ Weiter heißt es: „Unter den Delegierten des Kongresses, die zu mehr als 70 % Parteilose waren, sah man neben Wissenschaftlern von Weltruhm und führenden Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens auch viele einfache Hausfrauen. In großer Zahl waren auch Priester und geistliche Oberhirten der verschiedenen Konfessionen zugegen . . .“, deren namentliche Aufzählung zehn Zeilen füllt und die übrigens als einzige Teilnehmer so breit aufgeführt werden. „Jeder rechtschaffene Mensch . . ., ob er die Kirche besucht oder nicht . . ., alle sind bereit . . .“ Der Kongreß bezeugte, „daß das ungarische Volk ohne Unterschied der Konfession und der Weltanschauung bereit ist, der Partei, der Regierung auf diesem Wege zu folgen“. Auf welchem Wege? Nun, wie das Bulletin sagt, auf dem Wege „zur Vertiefung des Demokratismus“. Die Volksfront wird das Recht zur Gesetzesinitiative und zum Vorschlag für Ministerernennungen haben.

Was die Regierung von ihr wünscht, das kam in der Frage des Ministerpräsidenten „von der Tribüne an die über zweitausend Delegierten“ heraus: „Schenkt die Patriotische Volksfront der Regierung Vertrauen und Unterstützung zu ihrer Politik?“ Und „ähnlich wie zur Zeit des 1848er Freiheitskampfes, als Kossuth dieselbe Frage an die Nation stellte“, kam die „historische Antwort“: „Ja, wir schenken es ihr!“ „Und in der darauf folgenden Begeisterung offenbarte sich die patriotische Aufwallung des Kongresses.“ Soweit das Bulletin. Als einzige Tätigkeit der Patriotischen Volksfront ist bisher zu verzeichnen, daß die von der Partei der ungarischen Werktätigen aufgestellten Kandidaten zu den Rätewahlen mit Zustimmung der Volksfront als deren Kandidaten auftraten.

Der Ruf an das Volk pflegt dann zu ergehen, wenn die Regierung in Schwierigkeiten ist. Ein „neuer Kurs“, wie er in Ungarn mit der Ablösung Rákosis durch Nagy eingeleitet wurde, pflegt zu offenbaren, daß der alte Kurs versagt hat. In der Tat stand Ungarn im letzten Jahre vor großen Schwierigkeiten wirtschaftlich-sozialer Art. Das Land hat 9,5 Millionen Einwohner. 1,15 Millionen von ihnen waren Beamte und hauptamtliche Funktionäre. Wie wir der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ (2. 10. 1954) entnehmen, kamen in einem Falle auf 53 Arbeiter 47 Verwaltungsangestellte. Man mußte eine gewaltsame Abbauaktion einleiten, die selbst verdiente Parteileute nicht schonen konnte. Arbeitermangel in der Landwirtschaft, der natürlichen Quelle des Wohlstandes in Ungarn, in Verbindung mit Naturkatastrophen bedrohten die soziale Ordnung, deren Fortschritte man unaufhörlich gepriesen hatte. Wie nun die ungarischen Kommunisten auf diese prekäre Situation reagierten, das ist recht aufschlußreich. Es war keine Rede davon, daß die „große Sowjetunion“ die Fehlentwicklung der ungarischen Wirtschaft mit großzügiger Hilfe zudeckte. Eine „Pa-

triotische Front“ zu begründen, das war nicht nur billiger, das schien auch aus der Not eine Tugend zu machen. Man konnte damit rechnen, daß die katholischen Ungarn ihr Vaterland nicht im Stich lassen würden.

Ihr Sprecher, Erzbischof Czapik, hat in dieser Not des Vaterlandes die Mitwirkung des katholischen Volkes zugesagt. Angesichts der Glaubenstreue und des kirchlichen Sinnes, durch den das katholische Ungarn sich in seiner ganzen Geschichte ausgezeichnet hat, ist diese Zusage des Erzbischofs von sehr großem Wert. Sie wird in Ungarn so verstanden werden, daß die Katholiken ihre religiösen Bedenken zurückstellen und dem Lande, auch unter seiner gegenwärtigen Verfassung, aufrichtig dienen. Sie werden aber auch darauf vertrauen, daß Gott es nicht zuläßt, daß ihre pflichtmäßige Treue gegenüber dem Vaterland heimtückisch mißbraucht wird.

Die ungarische Regierung hat in religiösen Dingen im abgelaufenen Jahre, von manchen Schikanen abgesehen, Zurückhaltung bewiesen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß sie ein wenig großzügiger gehandelt hätte. Seit August spricht man von einer Freilassung des Kardinals Mindszenty. Eine solche Maßnahme braucht nicht mit kleinlichen Prestigefragen belastet zu werden, wie daß der Kardinal zunächst um Gnade bitten müßte. Auch eine solche Bitte würde nicht beweisen, daß das Urteil über ihn gerecht war. Aber eine Freilassung würde darauf hinweisen, daß der Kommunismus, unbeschadet seiner Auffassung von Religion und seines Fernziels, die Religion zu überwinden, sein nächstes Ziel, die Koexistenz, unter Beweis zu stellen versucht. Wenn irgend in einem Lande hinter dem Eisernen Vorhang, dann bahnt sich in Ungarn eine gewisse Entspannung an. Wir können nur hoffen, daß das neue Jahr die Wünsche des Erzbischofs Czapik erfüllt und seinem Gebet Erhörung bringt, das heißt allen Ungarn den inneren Frieden.

Chronik der jugoslawischen Kirchenverfolgung

Die jugoslawische Regierung hat im vergangenen Jahre nichts getan, um der katholischen Kirche die volle Religionsfreiheit wiederzugeben. Es ist notwendig, die katholische Welt unaufhörlich daran zu erinnern, daß unsere Glaubensbrüder in Jugoslawien verfolgt werden. Der jugoslawische Minister Kardelj hat im Mai vergangenen Jahres behauptet, die öffentliche Meinung — er sprach besonders von Amerika — „habe sich mit der religiösen Lage in Jugoslawien abgefunden“. „Die Regierung der Vereinigten Staaten denkt an die Vorteile, die sich aus der geographischen Lage Jugoslawiens ergeben, und beschäftigt sich nur mit der strategischen Lage Jugoslawiens.“ In Wirklichkeit sind es nicht nur strategische, sondern auch politische Notwendigkeiten, die zur Unterstützung Titos zwingen. Diese kann zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen. Solange aber die Menschenrechte in jenem Lande gebeugt und beschränkt sind, darf eine rechtlich denkende öffentliche Meinung nicht mit seiner Regierung sympathisieren.

Wie schon früher, so hat auch vor kurzem wieder ein Sprecher der Regierung, der Leiter des Kirchenamtes, Radosaljevic, behauptet, der Staat unterhalte normale Beziehungen zu allen Kirchen, ausgenommen die katholische, weil diese keine Normalisierung ihrer Beziehungen zum Staat erstrebe. Darauf erwiderte der „Osservatore Romano“ am 6. November 1954, daß schon einmal ein

jugoslawischer Minister Lügen gestraft werden mußte, als er mit bewußten Fälschungen vor dem Parlament dem Heiligen Stuhl die Schuld aufbürden wollte (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 447). Es liegt ausschließlich bei der Regierung, normale Beziehungen herzustellen.

Nicht geheime Absichten des Heiligen Stuhles, sondern ganz klare Tatsachen, die der Staat geschaffen hat, sind entscheidend für ein Urteil über die wirkliche Lage der Kirche in Jugoslawien. Immer noch unterdrückt die Regierung den Religionsunterricht und die Freiheit des kirchlichen Presse- und Organisationswesens. Immer noch sind, selbst nach Angaben von staatlicher Seite, mindestens weit mehr als hundert katholische Priester im Gefängnis, unter ihnen der schwerkranke Bischof Cule. Immer noch sind rund 200 klösterliche Niederlassungen aufgehoben und etwa 4000 Ordensschwwestern vertrieben. Immer noch sind die Kirche und das religiöse Leben einer diskriminierenden Steuergesetzgebung unterworfen. Immer noch vor allem wird den Gläubigen in vielen Fällen die freie Religionsausübung durch Drohung und Einschüchterung erschwert, ganz davon abgesehen, daß sie mit Benachteiligungen verbunden ist.

In besonderer Weise wird die Regierung belastet durch die lange Reihe der Gewalttaten gegenüber Bischöfen und Priestern, die der Pöbel mit ihrer Duldung begehen durfte. Am 7. Oktober 1953 haben die Bischöfe der Regierung darüber ein Memorandum zugehen lassen, das sechzehn Fälle von Ausschreitungen aufzählt, wie sie Bischöfen gegenüber unseres Wissens in der neueren Kulturgeschichte nirgendwo begangen worden sind. Als Beispiel erwähnen wir die in der Denkschrift angeführte ärztliche Diagnose der Mißhandlungen, die am 22. August 1953 dem Bischof von Banjaluka, Karl Celik, zugefügt wurden: „Nußgroßes Ödem oberhalb der linken Braue mit Verletzungen; zwei Ei großer Tumor mit Bluterguß unter der Haut oberhalb der rechten Brustwarze; eigroße Geschwulst mitten und in der Innenseite des rechten Armes; Geschwulst rechts von der Wirbelsäule auf der Höhe des Schulterblattes; kindskopfgroßes Ödem auf dem linken Schenkel, schwer blutunterlaufen. Es handelt sich um arge Körperverletzungen, die von Schlägen herühren.“ Der Bischof von Subotica, Lajco Budanovic, ein Greis von damals achzig Jahren, liegt heute noch todkrank im Krankenhaus an den Folgen der Verletzungen, die ihm vor über einem Jahr zugefügt wurden, als man ihm auf einer Firmungsreise die Gewänder vom Leibe riß, ihn halbtot schlug, auf einen Lastwagen warf und wegfuhr.

Die Tatsache, daß im letzten Jahre solche Gewalttaten nicht mehr vorkamen, ist nur geeignet, zu beweisen, daß es der Regierung möglich war, sie zu verhindern, wenn sie das und sobald sie das wollte. Sie hat sich nicht etwa aus Gerechtigkeit schließlich dazu entschlossen. Der Minister Kardelj gab am 18. Mai 1954 auf dem 3. Kongreß der slowenischen Kommunisten die Gründe der Regierung bekannt. Er sagte, wenn man die Katholiken überzeugen wolle, müsse man in Zukunft mit mehr „Geduld“ operieren und Gewalttaten vermeiden. Durch Gewalt würde man ihre „religiösen Vorurteile“ nur verhärten und außerdem die öffentliche Meinung des Auslandes alarmieren.

Über das Ziel der Regierung und des jugoslawischen Kommunismus, die Religion auszurotten und namentlich die katholische Kirche zu beseitigen, besteht nicht der

geringste Zweifel. Abgesehen von den oben berichteten Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen, bedient man sich nach dem Vorbilde der sowjetischen Länder der Methode, einen möglichst großen Teil des Klerus in „patriotischen Priestervereinigungen“ unter staatlichem Patronat aufzufangen und von den Bischöfen zu trennen. Zum großen Ärger der Kommunisten ist ihnen das nicht so geglückt wie in den anderen Ländern. Der jugoslawische Episkopat hat sich, nach kurzem Schwanken, einmütig zur Verurteilung dieser Vereinigung entschlossen und, wenn auch nicht voll durchgesetzt, so doch wenigstens verhindert, daß die „patriotischen Priester“ im Klerus oder gar in der Kirche die Führung an sich reißen konnten. Soweit die Mitglieder dieser Organisation bekannt sind, sind sie kirchlich disqualifiziert und vom Volk gemieden oder sogar verachtet. Vergeblich hat der Staat versucht, die Bischöfe zu beugen. Im vergangenen Jahre sind mehrere von ihnen wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“, die in ihrem Verhalten gegen die „patriotischen Priester“ bestand, zu Geldstrafen verurteilt worden. Der orthodoxe Metropolit Arsenije Bradvarevic von Montenegro wurde aus demselben Grunde sogar zu der in zweiter Instanz dann gemilderten Gefängnisstrafe von 11½ Jahren verurteilt. Er folgt dem orthodoxen Metropoliten Bojovic von Skoplje und dem Bischof Nastic von Sarajewo, deren Gefängnisstrafe allerdings inzwischen in Klosterhaft umgewandelt wurde. Das neue Urteil gegen den orthodoxen Metropolit zeigt aber, daß die Regierung auch gegen die orthodoxen Kirchen ebenso wie gegen die katholische vorgeht, wo jene sich gegen die Verstaatlichung zur Wehr setzt. Die „normalen Beziehungen“, von denen Radosaljevic sprach, bestehen nur dort, wo Männer der Kirche sich dem kirchenpolitischen Parteiprogramm fügen.

Der Kampf zwischen Regierung und Episkopat um die „patriotischen Priestervereinigungen“ geht weiter. Anfang Dezember griff die kommunistische Zeitung „Borba“, das Belgrader Regierungsblatt, verschiedene Bischöfe wegen dieser Sache sehr heftig an. Erzbischof Ujic von Belgrad hat den „patriotischen Priestern“ das Imprimatur für ein Gebetbuch verweigert, Bischof Bukatko von Krizevic hat mehreren ihre Mitgliedsausweise abgenommen, Bischof Bäumlein, der Administrator von Djakovo, hat ihnen die Suspension angedroht, und der Administrator von Subotica hat zwanzig dieser Priester suspendiert. Der Generalvikar von Mostar, Majic, der an Stelle des eingekerkerten Bischofs Cule die Diözese leitet, wurde schon im Sommer wegen seines Vorgehens gegen diese Geistlichen angegriffen und unter Hausarrest gesetzt. Schlimmer noch werden die Geistlichen selbst terrorisiert. Am 10. November 1954 wurde bekannt, daß in den Diözesen Agram, Zadar und Dubrovnik nicht weniger als fünfzig Geistliche, die sich gegen die „Patrioten“ hervorgetan hatten, im Herbst verhaftet worden sind. Am schwersten wurde der Pfarrer Marijan Hermann aus der Diözese Agram betroffen, der sich auf einer Versammlung der „Patrioten“ im August scharf gegen sie ausgesprochen hatte. Er wurde kurz darauf verhaftet und Ende Oktober als „Kriegsverbrecher“ zum Tode durch den Strang verurteilt, wie die „Borba“ mitteilte. Bei solchem Terror ist es nicht zu verwundern, daß ein Teil der Geistlichen sich äußerlich dem Zwang zum Eintritt in diese Vereinigung fügt. Jedoch sind es, wie KNA meldet, in Slowenien nur 35%. Sonstige Zahlen sind nicht bekannt.

Aber es ist zu erwarten, daß das neue Jahr in Jugoslawien vor allem zu einer Bewährungsprobe für den Klérus werden wird.

Aus Amerika

Das Programm des 36. Eucharistischen Weltkongresses Vom 17. bis 24. Juli dieses Jahres findet in Rio de Janeiro der 36. Eucharistische Weltkongreß statt. Der Erzbischof von Rio de Janeiro, Jaime Kardinal de Barros Camara, hat jetzt das Programm des Kongresses bekanntgegeben.

Danach wird am 17. Juli das Bildnis der Patronin Brasiliens, „Unsere Liebe Frau von Aparecia“, empfangen. Am gleichen Tag beginnt auch die Tagung der internationalen katholischen Organisationen. Am 18. Juli finden weitere geschlossene Tagungen statt; gleichzeitig wird die internationale Caritasausstellung eröffnet.

19. Juli: Empfang des Päpstlichen Legaten und Schiffsprozession auf dem Atlantischen Ozean von Niteroi nach Rio de Janeiro.

20.—23. Juli: allgemeine Studientagung.

21. Juli: mitternächtliche Lichterprozession der Männer

23. Juli: Versammlung der Arbeiter im Stadion Maracana.

Höhepunkt und Abschluß des Kongresses bilden am Sonntag, dem 24. Juli, die Pontifikalmesse des Päpstlichen Legaten und die Schlußkundgebung mit der Überführung des Allerheiligsten zur Kathedrale von Rio de Janeiro.

Zur Vorbereitung auf den Kongreß haben die brasilianischen Bischöfe ein Gebet veröffentlicht. Sie bitten darum, daß dieses Gebet auch in der übrigen Welt gebetet wird. Es hat folgenden Wortlaut:

„Herz Jesu, König und Mitte aller Herzen! Wir beten Dich an. Ohne Dich sind wir nichts und vermögen wir nichts. Wir danken Dir für die Einsetzung des heiligsten Sakramentes des Altares, in welchem Du das Kreuzesopfer erneuerst, uns zur Speise wirst und bei uns bleibst bis ans Ende der Welt.

Wir danken Dir auch für die Feier des 36. Eucharistischen Weltkongresses in der Hauptstadt Brasiliens, ‚im Lande des Heiligen Kreuzes‘, und bitten Dich: Dein Segen und Deine Huld mögen ihn begleiten und zu einem guten Ende gelangen lassen. Er strahle das Licht Deiner Wahrheit aus, und jeder Verstand möge es erkennen. Er künde das Leben der Vereinigung mit Dir, und jedes Herz möge es erfassen.

Durch unsere Liebe Frau, Deine Mutter, bringen wir Dir Sühne dar und bitten um Verzeihung und Barmherzigkeit für unser Vaterland und für die ganze Welt.

Bewahre die Unschuld der Kinder und die Hingabe der Mütter, die Eintracht und Festigkeit der Familien, das Ansehen der Eltern und Erzieher. Die Reinheit der Sitten stelle wieder her. Sei der Führer der Jugend, der Anwalt der Schwachen, der Trost der Betrübten. In Gerechtigkeit und Liebe mögen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenfinden. Tilge die Habsucht und die Bestechlichkeit. Bekehre die Ungläubigen, wecke die Gleichgültigen und führe die Irrenden wieder heim. Lenke Tun und Lassen der Regierenden zu einem guten Ziel. Gib der Gesellschaft Ordnung und der Welt Deinen Frieden. Amen.“

Zum Kongreß werden mehr als zwei Millionen Teilnehmer erwartet.

In Argentinien: Aus der Spannung zwischen Kirche und Staat in Argentinien ist, seitdem **Vorstufe zur Kirchenverfolgung** wir in unserm vorigen Heft (S. 160)

darüber berichtet haben, etwas geworden, das Meldungen aus Buenos Aires (z. B. in KIPA, 22. Dez. 1954) als „beginnende Kirchenverfolgung“ charakterisieren. Die beiden Hauptbereiche, in denen die antikirchliche Haltung der peronistischen Regierung sich inzwischen weiter manifestiert hat, sind die Schule und die Familiengesetzgebung. Trotz des Einspruchs aller katholischen Kreise ist das Ehescheidungsgesetz vom Parlament Ende Dezember angenommen worden und muß nun nur noch vom Präsidenten Perón unterzeichnet werden, um Gültigkeit zu erlangen. Sämtliche argentinische Bischöfe haben daraufhin in einem gemeinsamen Telegramm Perón gebeten, das Gesetz, das der katholischen Tradition des Landes so völlig widerspreche, nicht zu unterzeichnen. Das argentinische Ehescheidungsgesetz sieht Bedingungen für die Ehescheidung vor, die das Äußerste an Erleichterung der Scheidung darstellen, das sich in den bisher vorhandenen Ehescheidungsgesetzen anderer Länder findet. Es soll allerdings noch ergänzt werden durch Maßnahmen, die eine Häufung von Eheschließungen und -scheidungen unmöglich machen. Der Staat seinerseits verspricht sich von diesem Ehescheidungsgesetz offenbar ebenso wie von dem kürzlich angenommenen Gesetz über die Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern, zumal in den Erbbestimmungen, endlich etwas mehr Ordnung in die äußerst ungebundenen Familienverhältnisse in den städtischen Einwanderungszentren und auf dem Lande zu bringen. Auf dem Land können Trauungen oft infolge des großen Priestermangels nicht vorgenommen werden. Überall hat sich die größte Laxheit eingebürgert, und die Ehen ohne Trauung lösen sich von selbst auch leicht wieder auf. Die Zahl der unehelichen Kinder ist daher erschreckend groß, und es ist begreiflich, daß der Staat sie in geordneterer Weise als bisher ins bürgerliche Leben einordnen möchte. Das neue Ehescheidungsgesetz ist allerdings kaum der richtige Weg zur Ordnung der Familienverhältnisse, wenn es auch in zahlreichen Einzelfällen als solcher erscheinen mag und darum die Zustimmung des Parlaments erhalten hat. Tatsächlich begibt sich der argentinische Staat damit auf den Weg gesellschaftlicher Auflösung — ganz abgesehen davon, daß er die verworrenen religiösen Vorstellungen eines großen Teiles des Volkes noch mehr verwirrt und es immer weiter von seinem katholischen Glauben entfernt. Ergänzt werden diese Sittenreform-Gesetze Peróns schließlich noch dadurch, daß am 29. Dezember nach 20jährigem Verbot die Prostitution in Argentinien — unter staatlicher Aufsicht — wieder legalisiert worden ist. In einem über den Landessender verbreiteten Dekret werden alle örtlichen Behörden und Provinzialregierungen angewiesen, die Eröffnung „entsprechender Etablissements“ zu erlauben und dem Innenministerium über die Stellen, an denen sich „rote Laternen“ befinden, Bericht zu erstatten. (Die Freudenhäuser von Buenos Aires, berühmte Zentren des „weißen Sklavenhandels“, waren im Jahre 1919 geschlossen worden, doch waren individuelle Gesuche registrierter Prostituerter bis zum Jahre 1936, als ein allgemeines Verbot ausgesprochen wurde, gesetzlich zugelassen.)

Ebenso durchgreifend sind die Maßnahmen der Regierung auf dem zweiten Gebiet, dem der Schule, die sich

zur Zeit unsres vorigen Berichtes erst in ihren ersten Ansätzen abzeichneten: Perón hat inzwischen eine Verordnung ausarbeiten lassen, durch die die Generaldirektion für Religionsunterricht und die Generalinspektion der religiösen Erziehung aufgelöst werden. Die Kontrolle wird nun an das Erziehungsministerium übergehen, d. h. unter strengste Staatsaufsicht gestellt werden. Diese Aufsicht soll ebenso den Religionsunterricht an Privatschulen wie den an staatlichen Schulen betreffen — wenn der Eingriff nicht noch weiterführt. Der argentinische Staatssender hat zu der neuen Verordnung folgenden Kommentar verbreitet: „Die argentinische Regierung verbietet den Religionsunterricht an Volks- und Mittelschulen sowie an anderen Erziehungsanstalten, die dem Bundesministerium für Unterricht unterstehen. Das Unterrichtsministerium wird zur Durchführung des Regierungsbeschlusses die Schließung aller konfessionellen Schulen im Interesse der nationalen Kultur verfügen. Diese Maßnahme wurde ergriffen, da das bisherige Erziehungssystem sich als ungeeignet erwiesen hat.“ Weiter hieß es in der Sendung, mit der Abschaffung des Religionsunterrichts und der Schließung der konfessionellen Schulen seien die Hindernisse zur Entwicklung einer integralen nationalen Kultur beseitigt.

Inzwischen gehen die Entlassungen katholischer Priester und Laien aus den verschiedensten öffentlichen Positionen weiter. Vier katholische Geistliche, die als Dozenten an der jetzt unter Staatsaufsicht stehenden Universität Córdoba tätig waren, sind ihres Amtes enthoben worden. Mehrere leitende Angestellte des katholischen Verlags „Defusión“ wurden verhaftet (mit der Anklage, sie hätten nicht für den Buchdruck freigegebenes Papier für ihr Publikation verwandt — ein Vergehen, das bisher nur mit Geldstrafen belegt wurde). Auch der Direktor der einzigen katholischen Tageszeitung Argentiniens „El Pueblo“ ist nach einer Meldung in „La Croix“ vom 28. Dezember verhaftet worden. Mitte Dezember wurde wieder ein Priester nach Beendigung des Gottesdienstes verhaftet, weil er in seiner Predigt Kritik am Regime geübt haben soll. 13 Personen wurden — anscheinend im Innern der Kathedrale — in La Rioja in Haft genommen, als sie die Gläubigen dazu bewegen wollten, die traditionelle Prozession zu Ehren des Patrons der Diözese, des hl. Nikolaus von Bari, am 1. Januar durchzuführen (Prozessionen — ein Hauptvolksfest der Argentinier — sind kürzlich von der Regierung verboten worden). In der Stadt Rafaela hat die lokale Führung der Gewerkschaft der Fleischindustrie beschlossen, das Muttergottesbild aus ihrem Versammlungslokal zu entfernen. Die Arbeiter protestierten dagegen, erhielten aber von der Gewerkschaftsführung in der Bundeshauptstadt die Auskunft, diese Maßnahme entspreche den Weisungen der Zentrale, nach denen aus allen Gewerkschaftslokalen Kruzifixe, Heiligenbilder und Statuen zu entfernen seien. Eine feierliche Überführung der Muttergottesstatue in die Pfarrkirche wurde von der Polizei verboten, sie wurde aber in der Nacht dennoch durchgeführt. Man erwartet, daß der dabei beteiligte Pfarrer dem Gericht vorgeführt werden wird.

Die kirchlichen Stellen in Rom haben sich lange gegenüber den Vorgängen in Argentinien völlig zurückgehalten. Inzwischen sind am 23. und am 31. Dezember 1954 im „Osservatore Romano“ zwei Leitartikel zum Thema „Die Kirche in Argentinien“ erschienen, die allerdings keine neuen Gesichtspunkte geben.

Die katholische Kirche in Pakistan. Missionsgebetsmeinung für März 1955

In dreifacher Hinsicht ist Pakistan eine Besonderheit unter den Staaten der Erde: Es ist auf ausschließlich religiöser Basis gegründet worden; es besteht aus zwei völkisch, sprachlich, sozial und wirtschaftlich gänzlich voneinander verschiedenen Teilen, die an der Stelle der größten räumlichen Annäherung noch 1600 km voneinander entfernt liegen; es hatte sieben Jahre nach der Proklamierung als Staat noch immer keine Verfassung.

Um die Lage der katholischen Kirche im Lande zu verstehen, ist es notwendig, diese drei Besonderheiten näher zu betrachten. Die Grundlage Pakistans ist der Islam. Das Land hat keine natürlichen Grenzen. Auf Grund rein religionssoziologischer Gegebenheiten ist es aus geographischen, geschichtlichen, verkehrsmäßigen, ökonomischen, selbst völkischen Bindungen herausgeschnitten worden. Verliert dieser Staat seinen islamischen Charakter, so verschwindet das einigende Band seiner Bürger. Man kann auch nicht einwenden, daß jetzt neue Bindungen geschaffen werden: ein Staatsbewußtsein, eine organische Wirtschaft, neue innere Verkehrswege usw. Man vermag zwei in jeder Hinsicht heterogene Gebiete, die aus allen natürlichen Bindungen und Verbindungen herausgelöst sind und deren Hauptstädte Karachi und Dacca etwa wie Madrid und Warschau auseinanderliegen, nicht staatlich und ökonomisch zusammenhalten, wenn nicht stärkste metaphysische Bindungen die Staatsbürger über die Weite des trennenden Raumes aneinanderketten. Man darf sich also nicht wundern, wenn sich Pakistan im November 1953 als „islamische Republik“ erklärte und wenn in den verschiedenen Verfassungsentwürfen versucht wird, die irdischen Notwendigkeiten eines modernen „demokratischen“ Staates mit den religiösen Notwendigkeiten einer Ausrichtung der Gesetze an Koran und Sunna in Einklang zu bringen. Die Katholiken, die in einem solchen Staat wohnen, dürfen ihn nicht überfordern, weil sie sonst die augenblickliche Staatskrise verschärfen würden. Ein solches Verhalten wäre aber weder moraltheologisch zu billigen, noch liegt es im Interesse der Selbsterhaltung des Katholizismus, dem von 76 Millionen Bewohnern Pakistans (Zählung 1951) nur 228 000 angehören. Bestände nicht das starke religiöse Band zwischen den beiden Teilen Pakistans, dann wäre dieser Staat schon 1954 auseinandergefallen, als die Muslin-Liga in Ostpakistan eine vernichtende Wahlniederlage erlitt und der Osten sich drohend gegen den Westen des Reiches richtete. Die Staatskrise zeigt, daß das tiefste Problem des Reiches eben seine absolut anormale geographische, wirtschaftliche und verwaltungstechnische Struktur ist. Die Versuchung oder auch die Notwendigkeit, autoritär zu regieren, wird hier immer wieder sich ergeben, und es dürfte nicht das letzte Mal sein, daß Karachi in Ostpakistan das Parlament auflöst und einem General die Verwaltungsbefugnisse überträgt. Ganz allgemein betrachtet, bedarf es keiner besonderen politischen Intuition, um vorauszusagen, daß sich Pakistan leichter autoritär regieren lassen wird als etwa nach dem Musterbeispiel einer säkularisierten islamischen Demokratie, wie wir sie in der Türkei vor uns haben. Die geschriebene demokratische Verfassung Pakistans wird deshalb für die Katholiken, auch wenn sie ihre Naturrechte sichert, keine endgültige Beruhigung schaffen. Es sind zu viele Faktoren, die sich gegen eine sichere Fundierung der Demokratie in Pakistan richten.

Die jahrelangen Verfassungskämpfe in Pakistan wären undenkbar gewesen, wenn nicht islamische Orthodoxie und islamischer Liberalismus im Kampfe lägen. Die Mullahs wollen einen theokratischen Staat, in dem die geistliche Autorität auch das bürgerliche Leben bestimmt und die Shari'ah, das kanonische und zivile Gesetzbuch des Islam, Norm für alle Gesetze ist. Die fortschrittlichen Kreise sehen dagegen das Idealbild in einer von der islamischen Kultur getragenen modernen Demokratie westlicher Prägung, die nach ihren Auffassungen allein mit den Problemen der technischen Zivilisation fertig wird. Nachdem die unduldsamen Mullahs bei dem Versuch, die geistliche Gewalt schon in den untersten Institutionen des Staates als bestimmende Kraft durchzusetzen, einen Mißerfolg erlitten, wollten sie schließlich den Obersten Gerichtshof in ihre Hand bringen, der die Entscheidung darüber fällen soll, ob ein Gesetz dem Koran bzw. der Sunna widerspricht. Aber die Parlamentsmehrheit will den Staat bis zur höchsten Spitze vom Volkswillen her organisch durchkonstruieren. Da nun dieser Staat Koran und Sunna wenigstens als negative Norm seiner Lebensäußerungen betrachtet, wird dem Staatsgerichtshof eine Aufgabe der Exegese der heiligen Schriften des Islam zufallen, für die sich die Mullahs allein zuständig betrachten. Die Grundrechte der Bürger, die zugleich die Magna Charta der Minderheiten darstellen, sind zwar festgelegt, aber über ihre Anwendung bestehen viele Unklarheiten, und es wird sich der praktisch nur aus Mohammedanern zusammengesetzte Gerichtshof mit vielen Fragen befassen müssen, die das Leben der christlichen Gemeinschaft (zu den 228 000 Katholiken kommen noch etwa 300 000 nicht-katholische Christen) sehr stark berühren. Denn auch die Grundprinzipien der Demokratie, der Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Sozialgerechtigkeit, wurden in den sogenannten Basic Principles von 1952 mit dem Zusatz veröffentlicht: „wie sie der Islam verkündet“. Im Zusammenhang ist nicht klar, ob damit gesagt werden soll, diese Prinzipien verkünde auch der Islam, oder ob damit angedeutet wird, sie sollten nur in der islamischen Ausdeutung Geltung haben. Man scheint diese Doppeldeutigkeit gewollt zu haben, um dem orthodoxen und dem liberalen Islam die Freiheit der Ausdeutung zu lassen. Zur Zeit herrscht der Liberalismus, der mit dem weiteren Eindringen der westlichen Zivilisation sicherlich Fortschritte machen wird. Aber unter den Massen, die noch in den alten Traditionen leben, können die Mullahs immer wieder islamischen Fanatismus zum Auflodern bringen. Man bedenke, daß 87% der Bewohner Mohammedaner sind, während die Minderheiten nur 13% ausmachen (11,2% Hindus, die fast ausschließlich in Ostpakistan leben, 1,1% Animisten, 0,7% Christen). Obwohl die Kommunisten im Vorjahr zweifellos an der Schürung der Unruhen in den neu entstehenden industriellen Betrieben Ostpakistans (Papierfabriken, Jute und Baumwollspinnereien), die im Vorjahr 400 Tote kosteten, beteiligt waren, haben sie unter der islamischen Arbeiter- und Bauernbevölkerung erst geringen Anhang, eher unter westlich gebildeten Intellektuellen. Die Regierung geht energisch gegen den Kommunismus vor. Die politische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten verstärkt diese Haltung.

Während diese Zeilen geschrieben wurden, beriet das pakistanische Parlament die endgültige Form der Verfassung. Sie sollte zu Weihnachten (dem Geburtstag Jinnahs, des Gründers von Pakistan) proklamiert werden.

Da die Gründung von Pakistan überall politische Grenzen mitten durch kirchliche Sprengel zog, war eines der ersten Anliegen Roms, durch Umgliederung und Neuschaffung von Diözesen die kirchliche Struktur der politischen anzupassen. In Westpakistan wurde so das Erzbistum Karachi mit den Suffraganbistümern Multan, Lahore und Rawalpindi geschaffen, während im Osten um das Erzbistum Dakka sich die Bistümer Chittagong, Jessore und Dinajpur gruppieren. Die ebenfalls neugeschaffene Apostolische Delegatur Pakistan, deren Leitung der Erzbischof von Karachi, Msgr. van Miltenburg, übernahm, ist nach vorangegangenen Verhandlungen über die Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu dem neuen Staat im April 1952 zur Apostolischen Internuntiaturn erhoben worden. In den Verhandlungen wurde festgelegt, daß Erzbischof van Miltenburg solange den Titel eines bloßen Geschäftsträgers der Internuntiaturn tragen sollte, als die pakistanische Regierung keinen bevollmächtigten Minister beim Heiligen Stuhl ernannt hätte. Bis heute ist die Ernennung dieses diplomatischen Vertreters beim Vatikan nicht erfolgt, offenbar deshalb nicht, weil die Verfassung, die eine solche Vertretung allein legitimieren könnte, noch immer nicht vom Parlament beschlossen war. Der derzeitige Ministerpräsident Mohammed Ali wurde kurz nach seiner Ernennung im Juni 1953 vom Papst in halbstündiger Privataudienz empfangen.

Zwar hat die Kirche in beiden Teilen Pakistans eine längere Geschichte, aber die neue Missionsperiode beginnt eigentlich erst mit der englischen Besetzung Indiens, wo sie sich aus der Militärseelsorge heraus entwickelte. Wie überall im Norden Indiens gewann die Mission ihre Anhänger unter den niederen Klassen und den Ureinwohnern, die durch die Eingliederung in die christliche Gemeinschaft und den ihnen gewidmeten Unterricht sich sozial gehoben sahen. Der Abzug der Engländer führte naturgemäß zu einer starken Verminderung der englischen und anglo-indischen sowie der namentlich in Westpakistan lebenden, meist begüterten goanesischen und madrassischen Katholiken. Dadurch wurde die Armut der christlichen Gemeinschaft noch stärker profiliert. Gleichzeitig erkannten die einheimischen Katholiken, daß mit dem politischen Wandel die gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen freien Berufen, in Wirtschaft und Verwaltung vorbei waren. Auch die nach der Vertreibung von Millionen Hindus aus Westpakistan von den Christen gehegte Hoffnung, nun auch Landbesitzer zu werden, wurde enttäuscht, als Millionen aus Hindustan geflüchtete Mohammedaner eintrafen, denen der Besitz der aus Pakistan geflohenen Hindus übergeben wurde. Während nun früher Tausende von katholischen Landarbeitern auf den Gütern der Hindus eine erträgliche Situation hatten, wollten die mohammedanischen Rückwanderer keine Christen mehr beschäftigen. Die Folge war, daß sehr viele Christen die verachtetsten Berufe ergreifen mußten, um leben zu können. Die Regierung, die heute noch allein 500 000 in den Vorstädten Karachis im Elend lebende mohammedanische Flüchtlinge wirtschaftlich zu versorgen hat, gab im Zuge der Unterbringungsaktion nach vielfachen Vorstellungen auch den ihre Existenz gebrachten Christen einige Ländereien, die nach der Behauptung der Christen unfruchtbar waren oder von den Mohammedanern wegen Unfruchtbarkeit preisgegebenen Boden darstellten. Diese Benachteiligung führte dann im Vorjahr zu einem Protestschritt von 16 evangelischen und katholischen Führern bei

der Regierung des Pandschab. In Ostpakistan sind die sozialen Verhältnisse der Katholiken etwas günstiger, aber es gibt auch dort z. B. keinen einheimischen katholischen Arzt oder Rechtsanwalt. Die ausländischen Firmen in ganz Pakistan, die bei der Regierung gut gelitten sein wollen, beschäftigen nur Mohammedaner und zögern nicht, einem Christen offen zu antworten: „Wenn Sie Mohammedaner wären, würden wir Sie annehmen.“ So haben wir in Pakistan einen einheimischen Katholizismus mit einer kaum ins Gewicht fallenden intellektuellen Oberschicht vor uns, während die Massen der Katholiken Kleinbauern, Saisonarbeiter, Fabrikarbeiter, Köche und Boys sind. Die durch die Verhältnisse brotlos gewordenen katholischen Bauern flüchteten in Massen zu den Städten und fristen dort als Straßenkehrer ihr Leben. Durch Übertritt zum Islam können sie ihr Schicksal sofort wenden, eine große Versuchung, der manche nachgeben. Dem wirtschaftlich bedrängten Katholizismus Pakistans ist nun die Aufgabe gestellt, seine Mitglieder zunächst aus der Not herauszuführen, sie aber dann nach dem Verlangen der Regierung an die mohammedanische Kultur heranzuführen, die, in sich geschlossen, ihnen kaum Aufstiegsmöglichkeiten gibt: sicherlich eine sehr schwere Aufgabe. Eine gebildete Laienführerschaft ist kaum vorhanden. Von den 296 Priestern sind 220 Europäer und Amerikaner, und von den 76 asiatischen Priestern sind die meisten im Lande oder außerhalb Pakistans geborene Goanesen. In der letzten Vorbereitung zum Priestertum stehen im Lande 15 Kandidaten. Für die nächsten 10 Jahre rechnet man mit nur je einem Neupriester. Einheimische Brüderberufe gibt es wenige, während 277 ausländischen Schwestern immerhin 299 einheimische gegenüberstehen.

Seelsorgsprobleme

Trotz der umweltbedingten Schwierigkeiten dauert der Zustrom zur Kirche aus den unteren Klassen an. Durch ihre Schulen sucht die Mission der Jugend eine Bildung zu geben, die ihr den sozialen Aufstieg ermöglicht und zugleich den Mohammedanern Achtung vor diesen Christen abnötigt. Zu Ehen zwischen Mohammedanern und Katholiken gibt die Hierarchie aus guten Gründen keine Dispensen. Es gibt dagegen Ehen zwischen Katholiken und Protestanten, die in dem religiösen Gesamtklima von Pakistan leider noch häufiger als anderswo zum Indifferentismus führen. Seit 1930 treten im übrigen manche Protestanten zum Katholizismus über. In der Verteidigung gemeinsamer Interessen sind die christlichen Bekenntnisse näher zusammengerückt. Die verwirrende Vielfalt christlicher Gemeinschaften und Sekten gibt nicht nur den Mohammedanern Anlaß zu herabsetzender Kritik, sie ist auch eine Gefahr für junge katholische Konvertiten, das Lehrgut aller christlichen Bekenntnisse zu vermengen und dementsprechend zu handeln. Wenn auch die katholische Kirche langsam sich im Boden verwurzelt, so mag hier doch das Urteil des Kapuzinerpaters Dr. Emmerich aus Lahore angeführt werden: „Eine endgültige katholische Geisteshaltung ist noch lange nicht erreicht, viel weniger noch haben die einheimischen Christen das Stadium einer eigenen Spiritualität erreicht, um so weniger, als die Anglo-Inder, ähnlich den zum Anglikanismus bekehrten Indern und selbst den Goanesen, im allgemeinen die englischen (irischen) Frömmigkeitsformen übernahmen. In religiöser Hinsicht sind die Katholiken Pakistans noch kleine Kinder, die einige alte hinduistische Praktiken mit echten christlichen Frömmigkeitsformen vermischen. Aber die

radikale verwaltungsmäßige Anpassung der Kirchenleitung an den neuen Staat ist vielversprechend für die missionarische Anpassung an die Geisteshaltung des Volkes und gibt sehr gute Hoffnung für die Zukunft der katholischen Kirche in Pakistan“ (Neue Zeitschrift für Miss.-Wissenschaft, 1953, 63).

Die Gründe für das Ansehen der Kirche

Wenn eine Kirche von der oben gegebenen Struktur dennoch in Pakistan größtes Ansehen genießt, dann deshalb, weil ihre Schulen und Caritaseinrichtungen in einem bildungsmäßig so hungrigen und sanitär so rückständigen Lande außerordentliche Wertung finden. Namentlich die Medical Mission Sisters von Philadelphia haben durch ihre modernen Hospitäler, ihre Entbindungsanstalten, Hebammen- und Pflegerinnenschulen der Kirche „das Gesicht“ in Pakistan gegeben. Dazu kommen die 336 katholischen Schulen mit ihren 46 000 Schülern, die meist auch Kinder mohammedanischer Eltern aufnehmen. Diese Schulen müssen mangels Kapazität jährlich Tausende Kinder islamischer Eltern abweisen. Der Grund für die Beliebtheit der katholischen Schulen ist ihre Disziplin und der gediegene Charakter ihrer sittlichen Erziehung. Obwohl die sogenannten Grundrechte den religiösen Minderheiten die Entwicklung ihrer eigenen Kultur und das Recht sichern, ihre eigenen religiösen, erzieherischen, caritativen, kulturellen und sozialen Einrichtungen zu führen, wird das Recht zur Führung katholischer Schulen, an denen katholischer Religionsunterricht an die katholischen Kinder erteilt wird, in der Theorie immer wieder bestritten. Die Mission hat von Anfang an gestattet, daß den sehr zahlreichen mohammedanischen Kindern außerhalb der Schulräume durch von ihren Eltern bezahlte islamische Religionslehrer eigener Religionsunterricht erteilt wird. Als nun der Bildungsausschuß der Regierung im März 1954 verlangte, die katholischen Schulen sollten die islamischen Religionslehrer selbst bezahlen und eventuell der Regierung Schulräume als deren Eigentum überlassen, in denen dann islamischer Religionsunterricht erteilt würde, richtete der gesamte Episkopat im Juli des Jahres 1954 ein Memorandum an die Regierung, in dem die katholischen Grundsätze in diesen Fragen erläutert wurden. Außerdem forderte die Bischofskonferenz im Hinblick auf die sehr zahlreichen und anerkannt guten Schulen der Katholiken einen katholischen Vertreter für das „Advisory Board of Education“. (Dieser Wunsch der Bischofskonferenz ist inzwischen durch die am 28. 12. 1954 erfolgte Ernennung des Leiters der St. Patrick's School in Karachi, S. Raymond, zum katholischen Vertreter im „Advisory Board of Education“ erfüllt worden.) Als Grundprinzip stellten die Bischöfe auf, daß es keinem Katholiken erlaubt sei, an der Erteilung eines nichtkatholischen Religionsunterrichtes direkt oder indirekt mitzuwirken. Die katholischen Erziehungsinstitute seien ferner in erster Linie für katholische Kinder errichtet und nähmen mohammedanische Kinder nur entsprechend dem freien Willen ihrer Eltern auf. Diesen Kindern werde in keiner Weise katholischer Religionsunterricht aufgenötigt. Nichtmitglieder des Schulstabes könnten ohne weiteres die islamischen Kinder im „Diniyat“ (d. h. der religiösen Praxis des Islam) unterweisen, und die Stundenpläne seien so gestaltet, daß die Kinder von dieser Möglichkeit Gebrauch machen könnten. Die Regierung möge alle Schulen Pakistans anweisen, das Recht der Eltern zu berücksichtigen, den Religionsunterricht ihrer Kinder selbst zu bestimmen.

Die Bischöfe wählten offenbar mit Absicht den Ausdruck „Diniyat“, nicht aber jenen des „Islamiyat“. Letzterer bezeichnet die islamische Kulturkunde, bei uns vergleichbar der humanistischen (klassischen) Bildung. Das „Islamiyat“ ist die Grundkultur des Islam, zugleich die Kultur von 87% der Bewohner Pakistans. Die Kirche kann sich dem Verlangen der Regierung nicht entziehen, die Islamkunde in die Schulpläne aufzunehmen, zumal der Staat auch die christlichen Schulen finanziell unterstützt. Insofern ist gegenüber der europäischen Einstellung der Schulen in der englischen Zeit eine Umstellung unabwendbar. Schließlich müssen auch die Christen eine wirkliche Kenntnis der islamischen Kultur besitzen, in der sie praktisch leben. Sonst besteht die Gefahr, daß vor allem die gebildete Jugend, die islamische Universitäten besuchen muß, sich in ihren Studien seelisch nicht mehr zurechtfindet. Abgesehen davon, daß ein solcher Unterricht in Islamkunde, dem auch mohammedanische Schüler beiwohnen, eine Fülle von Problemen aufwirft, fehlt es der katholischen Mission hier an sachkundigen, überzeugten katholischen Lehrern. Die ausländischen Lehrkräfte können den Erfordernissen nur unvollkommen genügen. Will aber die Kirche wirklich in Pakistan Boden fassen, so muß sie den schweren Weg zur inneren Erschließung der islamischen Kultur gehen und aus dieser Erkenntnis heraus das wahrhaft Gute und Edle in dieser Kultur zum Aufbau ihrer noch vornehmlich abendländischen Kirchengestalt verwenden. Nur so ist die Zurückweisung der Kirche in ein kulturelles Ghetto zu vermeiden, das dann keine erzwungene, vielmehr eine freiwillige Abkapselung vom Volkskörper bedeutete. Nicht der Islam, vielmehr die Katholiken selbst führten dann die Isolierung der katholischen Gemeinschaft herbei. Der Koran müßte also in den höheren Schulen als arabischer Klassiker gelesen werden. Die Forderungen der Regierung, man müsse den Schülern eine Wertung des Islam, seiner Kultur und seines geistigen Erbes vermitteln, lassen auch hier kaum eine andere Wahl. Wenn die Provinzialregierung von Karachi solche Forderungen sogar für die Volksschule aufstellt, so zeigen sich hier allerdings drohende Perspektiven für die Zukunft der katholischen Schulen. Dieselbe Provinzialregierung verlangt ferner, daß der Unterricht in der Muttersprache (dem Urdu) auf die Fragen der islamischen Ideologie beschränkt bleibe und daß die Schulstunden so organisiert würden, daß den Kindern die Moral und der soziale Geist des Islam eingeprägt werde. Hier wird es für eine gewissenhafte katholische Erziehung fast unmöglich, zu folgen. Die Mission mag noch so sehr bestrebt sein, sich zu entwestlichen und zu „nationalisieren“: sie kann nicht darauf verzichten, in der Erziehung ihrer katholischen Kinder christlichen Glauben und christliche Moral als allein verpflichtend hinzustellen. Große Schwierigkeiten bereiten auch die vorgeschriebenen Schulbücher, in denen sich, namentlich in den historischen Exkursen, viele Stellen gegen den Glauben und die historische Gerechtigkeit finden. Vorstellungen haben dazu geführt, daß die katholischen Lehrer Stellen auslassen dürfen, die ihr Gewissen belasten. Werden nun die Klassen von Katholiken und Mohammedanern besucht, so fühlen sich die islamischen Kinder durch eine solche Auslassung verletzt, während die katholischen Kinder für diese übergangenen Stellen größtes Interesse zeigen. Es ist möglich, daß eine Drohung, die katholischen Schulen wegen untragbarer Forderungen zu schließen, im

Augenblick die verantwortlichen Männer Pakistans zurückschrecken läßt, da man diese Unterrichtsanstalten so dringend braucht. Wird das aber auch noch so sein, wenn das nationale Bildungswesen des Landes mit islamischen Kräften genügend entwickelt ist? Die Schule könnte die dringend notwendige Annäherung zwischen Islam und Christentum fördern, wenn die Regierung in ihren Forderungen Maß hält. Auch müßte mehr getan werden, um die Übergriffe örtlicher Behörden gegen katholische Einrichtungen aufhören zu lassen. Sicherlich gilt für die Zentralregierung, was der Erzbischof von Dacca jüngst erklärte, daß nämlich die Regierung stets fair gegen die Kirche gewesen sei. Sie hat auch Beschwerden immer wieder bereitwillig geprüft. Aber die Provinzialregierungen und vor allem die untere Beamtschaft geben viel Anlaß zu Klagen, und die Mullahs benutzen die Lokalpresse immer wieder zu Hetzen namentlich gegen die katholischen Schulen. Die katholische Presse erscheint wegen ihrer geringen Verbreitung — es gibt nur eine einzige kleine katholische Tageszeitung — gleichsam unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Gegenwirkung ist also äußerst schwach.

Glaubensverbreitung?

Die sogenannten Grundrechte sprechen nicht ausdrücklich vom Rechte der Glaubensverbreitung. Der Islam nimmt dieses Recht als selbstverständlich für sich in Anspruch. Wird er es auch den Minderheiten gestatten? Die Äußerungen der führenden Männer lassen die Ausdeutung zu, daß den Katholiken dieses Recht nicht bestritten wird. Als die Bevölkerung von Chittagong im Vorjahr Kardinal Gracias, einen geborenen Pakistanesen, empfing, erklärte der Regierungspräsident: „Die Missionare sind frei, ihre Religion zu predigen, auszuüben und auszubreiten, geheim und öffentlich.“ Wenn der Verfassungstext vorliegt, wird man sehen, ob solche Äußerungen mehr als Worte sind. Wichtig ist für die Kirche in mohammedanischen Ländern ganz besonders das Laienapostolat, zugleich aber ist es auch ausnehmend schwierig. Die Kirche trifft Vorbereitungen, um in den Industriezentren Ostpakistans durch Laienmissionare aus Kanada ein modernes Sozialapostolat zu beginnen. Die Kräfte werden zur Zeit an Ort und Stelle eingeschult. Sie sollen auch einheimische Helfer vorbereiten. Ebenso wichtig wie das Laienapostolat ist die Verbreitung der katholischen Literatur, nicht nur in Englisch, sondern auch in Urdu und Bengali, den beiden anerkannten Landessprachen. Hier liegen ungenutzte Möglichkeiten.

Ende Juli 1954 wurde in Lahore ein katholisches Informationszentrum eingerichtet, das für Westpakistan die literarische Werbung in die Hand nehmen soll. Der westliche Katholizismus kann hier ideell und praktisch wirksame Hilfe leisten.

Ökumenische Nachrichten

**Grundsätze
der EKD
zum Eherecht**

Im März vergangenen Jahres hatte die Generalsynode der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) ihre ersten Entscheidungen zur Frage eines neuen Ehrechtes getroffen, allerdings nur für Eheschließung, die dem Staat vorbehalten wird, und Erziehungsrecht, das den Eltern eine eigene christliche Verantwortung auferlegt. Dagegen konnte für die Frage des väterlichen Entscheidungsrechtes kein einmütiger Beschluß gefaßt werden